

## Tagesordnung öffentlicher Teil

### Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

---

**Sitzung:** Dienstag, 22.10.2024, 15:00 Uhr

**Raum, Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

---

#### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2024 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen
- 3.1. Signalisierung Celler Straße/Petritorwall 24-24378
4. Achte Verordnung zur Änderung der 24-24034  
Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der  
Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig  
(Straßenreinigungsverordnung)
5. Abfallentsorgungssatzung, 9. Änderung 24-24370
6. Oberbauform für die Gleissanierung in der Ottenroder Straße 24-24015
7. Planfeststellung für das Vorhaben "Stadtbahnausbau Braunschweig 24-24371  
- Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode"  
Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig
8. Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und 24-24372  
Campestraße)
9. 24-24400 Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 -  
2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und  
Verkehr und für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und  
Abfallwirtschaft des Referats 0660
10. Anfragen
- 10.1. Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke 24-24472
- 10.2. Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten 24-24423
- 10.3. Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße 24-24467

Braunschweig, den 15. Oktober 2024



Betreff:

**Signalisierung Celler Straße/Petritorwall**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

18.09.2024

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

24.09.2024

Status

Ö

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur Kenntnis) 22.10.2024

Ö

**Sachverhalt:**

Die Planung (Variante 2) des Knotenpunktes Celler Straße/Petritorwall wurde in der DS 23-20661 beschrieben und in der Fassung des Änderungsantrags 23-20661-05 vom AMTA am 02.05.2023 beschlossen. In der Ursprungsvorlage findet sich die Aussage, dass der Radverkehr zukünftig ohne separate Signalisierung die Celler Straße queren kann.

Im Zuge der weiteren Planung der Maßnahme und bei der Projektierung der Lichtsignalanlage (LSA) wurden diverse Interessen und Forderungen der Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Die Forderung, den Radverkehr ohne Signalisierung über die Celler Straße zu führen, kann grundsätzlich umgesetzt werden. In bestimmten seltenen Situationen wird der Radverkehr angehalten, um zum einen die Sicherheit von sehbehinderten Personen zu gewährleisten und um zum anderen den Busverkehr zu bevorzugen.

Alle geplanten Überwege werden barrierefrei gestaltet und die LSA mit Blindentechnik ausgestattet. Bei Blindenanforderung über den Gleisbereich des Petritorwalls ist es erforderlich, neben der Stadtbahn – die ohnehin nur bei Bedarf freigegeben wird – auch den kreuzenden Verkehrsstrom anzuhalten, um eine sichere Querung der sehbehinderten Menschen zu ermöglichen.

Das Bussignal, welches zur Sicherung gegen die kreuzende Straßenbahn und des Fuß- und Radverkehrs dient, steht in der Grundstellung auf „rot“. Nur bei einer Busanmeldung werden Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende vor dem Busfahrstreifen angehalten.

Fast alle LSA im gesamten Knotenpunkt sind mit Rot/Dunkel-Signalen ausgestattet. Dadurch wird erzielt, dass kein aktives Grünsignal für den motorisierten Verkehr gezeigt wird und die Radfahrenden unter Beachtung der Vorfahrtsregeln die Celler Straße queren können. Lediglich die Signalisierung für Zu-Fuß-Gehende über die Fahrspuren der Celler Straße wird mit Rot/Grün-Signalen erfolgen.

Durch diese Maßnahmenkombinationen ist es der Verwaltung gelungen, den Anforderungen und Abhängigkeiten optimal gerecht zu werden und überdies noch die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

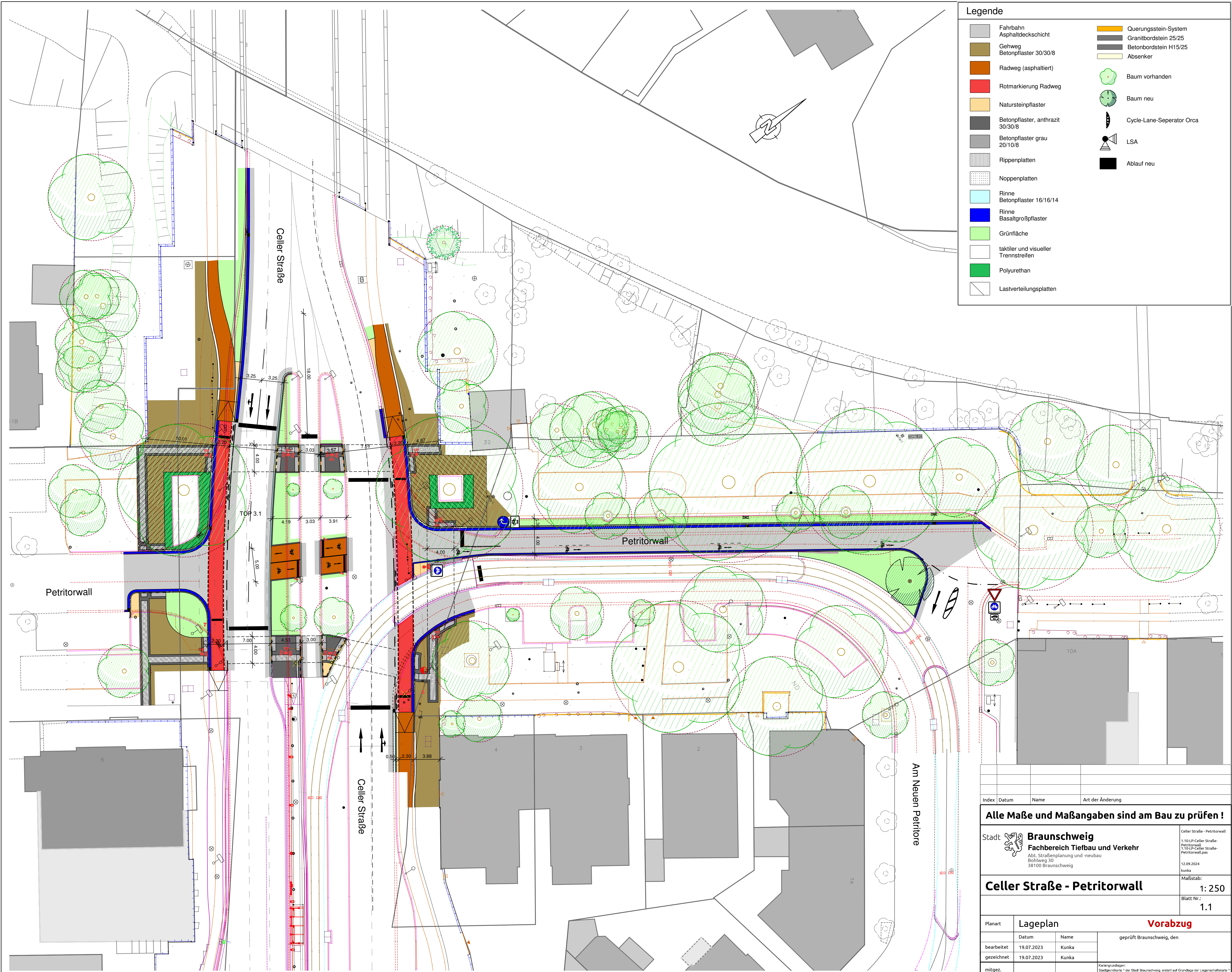
Leuer

**Anlage/n:**









Legende	
	Fahrbahn Asphaltdeckschicht
	Gehweg Betonpflaster 30/30/8
	Radweg (asphaltiert)
	Rotmarkierung Radweg
	Natursteinpflaster
	Betonpflaster, anthrazit 30/30/8
	Betonpflaster grau 20/10/8
	Rippenplatten
	Noppenplatten
	Rinne Betonpflaster 16/16/14
	Rinne Basaltgroßpflaster
	Grünfläche
	taktiler und visueller Trennstreifen
	Polyurethan
	Lastverteilungsplatten
	Querungsstein-System
	Granitbordstein 25/25
	Betonbordstein H15/25
	Absenker
	Baum vorhanden
	Baum neu
	Cycle-Lane-Separator Orca
	LSA
	Ablauf neu

Index	Datum	Name	Art der Änderung
-------	-------	------	------------------

Alle Maße und Maßangaben sind am Bau zu prüfen !

<b>Stadt Braunschweig</b> Fachbereich Tiefbau und Verkehr Abt. Straßenplanung und -neubau Bohlweg 30 38100 Braunschweig	Celler Straße - Petritorwall 1:10-LP-Celler Straße- Petritorwall 1:10-LP-Celler Straße- Petritorwall.pas 12.09.2024 kunka

<b>Celler Straße - Petritorwall</b>		Maßstab: <b>1: 250</b>
		Blatt Nr.: <b>1.1</b>

Planart		Lageplan		<b>Vorabzug</b>  geprüft Braunschweig, den
	Datum		Name	
bearbeitet	19.07.2023		Kunka	
gezeichnet	19.07.2023		Kunka	
mitgez.				
Kartengrundlagen: Stadtgrundkarte 11 der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte 11 © 2021 Stadt Braunschweig, Abstr. geoinformation 11 © 2021 geolux				



Betreff:

**Achte Verordnung zur Änderung der  
Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der  
Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig  
(Straßenreinigungsverordnung)**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
0660 Referat Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft

Datum:

02.08.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	13.08.2024	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	13.08.2024	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	14.08.2024	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	14.08.2024	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	22.08.2024	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (Anhörung)	22.08.2024	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	22.10.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

**Beschluss:**

Die als Anlage 1 beigefügte Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.

**Sachverhalt:**

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage um einen Verordnungsbeschluss für den der Rat der Stadt Braunschweig beschlusszuständig ist.

Allgemeine Erläuterungen:

Die Straßenreinigungsverordnung regelt den Umfang der Reinigungspflichten in der Stadt Braunschweig. Insbesondere sind dort die Reinigungsklassen festgelegt, die bestimmen in welcher Häufigkeit die Straßen im Stadtgebiet zu reinigen sind. Zudem werden die Winterdienstpflichten der Anlieger definiert.

Zu der Straßenreinigungsverordnung gibt es als Anlage das Straßenverzeichnis in dem die Straßen (Wege und Plätze) verschiedenen Reinigungsklassen zugeordnet werden. Zur Straße gehören Fahrbahnen, Gehwege, Radwege und öffentliche Parkplätze. Aus der Reinigungsklasse ergibt sich die Häufigkeit der zu leistenden Reinigungen (§ 4).

In den allgemeinen Reinigungsklassen I bis V werden die Reinigungen mit regelmäßigen Rhythmen durchgeführt. Der Übertragungsvermerk „Ü“ hat bei diesen Reinigungsklassen zur



Folge, dass die gesamte Straßenreinigung bis zur Straßenmitte (inkl. Fahrbahn) auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen ist. Das bedeutet, dass in diesen Straßen keine Gebühr für die Reinigung erhoben wird.

In der Innenstadt gelten die besonderen Reinigungsklassen 11 bis 29 in denen die Reinigungshäufigkeit mit der Anzahl der Reinigungen pro Jahr angegeben wird. Die ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) führt diese entsprechend der Vorgabe aus der Straßenreinigungsverordnung nach Bedarf durch. Bei Straßen mit einem „W“-Vermerk wird durch ALBA ein Winterdienst auf Gehwegen erbracht, der über die Verpflichtungen der Anlieger hinausgeht.

Die Festlegung der Reinigungsklassen orientiert sich am Grad der zu erwartenden Verschmutzung. Diese ergibt sich vor allem aus der Verkehrsbelastung, Einwohnerdichte, Infrastruktur (Supermärkte und ähnliche Anziehungspunkte), Vegetation (insbes. Bäume) und der ggf. notwendigen Papierkörbe.

Falls eine komplette Übertragung der Reinigung an die Anlieger erfolgen soll, müssen folgende Kriterien erfüllt sein: Geringer Verschmutzungsgrad, geringe Verkehrsbelastung (Anlieger dürfen bei der Reinigung nicht durch den Verkehr gefährdet sein), kein ÖPNV.

#### Änderungen in der Anlage Straßenverzeichnis:

Eine Anpassung des Straßenverzeichnisses (Anlage 1) erfolgt turnusmäßig auf Grund verschiedener Aspekte:

- Neu gewidmete Straßen
- Änderungsvorschläge von städtischen Organisationseinheiten und Bürgern (nach Prüfung)
- Geänderte Straßenverhältnisse aufgrund von Neugestaltungen und Umbauten
- Veränderungen bei den Ortsdurchfahrtsgrenzen
- Korrektur von ungenauen bzw. fehlerhaften Beschreibungen von Straßenbereichen
- Redaktionelle Änderungen bei den Straßenabschnittsbezeichnungen

Die Vorschläge wurden mit ALBA abgestimmt.

In der Anlage 2 sind die beabsichtigten Änderungen der Anlage Straßenverzeichnis nach Stadtbezirken sortiert und einzeln erläutert.

Leuer

#### **Anlage/n:**

Anlage 1: Änderung Straßenreinigungsverordnung

Anlage 2: Erläuterung der Änderungen des Straßenverzeichnisses



**Achte Verordnung zur Änderung der  
Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der  
Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig  
(Straßenreinigungsverordnung)  
vom 5. November 2024**

Aufgrund des § 52 des Nds. Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 420) und der §§ 1 und 55 des Nds. Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes in der Fassung vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589) hat der Rat der Stadt Braunschweig folgende Änderung beschlossen:

**Artikel I**

Die Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) vom 17. November 2015 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 16 vom 16. Dezember 2015, S. 85), in der Fassung der Siebenten Änderungsverordnung vom 14. November 2023 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 13 vom 14. Dezember 2023, S. 35) wird wie folgt geändert:

Das Straßenverzeichnis als Anlage zur Straßenreinigungsverordnung wird gemäß der folgenden Tabelle geändert:

	<b>Straßenname</b>		Reinigungs- klasse	Reinigung übertragen auf Anlieger = Ü	Verbindungsweg = (V) Winterdienst = (W)
<b>Neu</b>	Caroline-Herschel-Straße		IV	Ü	
<b>Neu</b>	Ermlandweg	- Neudamm- straße	IV	Ü	(V)
<b>Neu</b>	Eulerstraße	- Roseliesstraße	IV	Ü	(V)
<b>Neu</b>	Heinrich-Rodenstein-Weg		IV	Ü	
<b>Neu</b>	Herbert-Langner-Weg		IV	Ü	
<b>Bisher</b>	Kannengießerstraße	öffentliche Parkplätze	IV	Ü	
<b>Neu</b>	wird entfernt				
<b>Neu</b>	Luftschifferweg		IV	Ü	
<b>Neu</b>	Margarete-Steiff-Straße		IV		
<b>Neu</b>	Möncheweg	- Roseliesstraße	IV	Ü	(V)
<b>Bisher</b>	Packhofpassage		III	Ü	
<b>Neu</b>	Packhofpassage		III		
<b>Neu</b>	Roseliesstraße		IV		
<b>Bisher</b>	Salzdahlumer Straße	von Fichtengrund bis Schwartzkopffstraße	IV		
<b>Neu</b>	wird entfernt				
<b>Neu</b>	Schwanbergerstraße		IV	Ü	



## **Artikel II**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Braunschweig, den ... November 2024

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbourat

Vorstehende Verordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den ... November 2024

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbourat



**Erläuterungen der Änderungen des Straßenverzeichnisses:****Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Schwanbergerstraße		IV Ü	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße mit geringem Verkehrsaufkommen.	Keine

**Stadtbezirk 130 Mitte:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Kannengießerstraße	Öffentliche Parkplätze	IV		
<b>Neu</b>	Wird entfernt			Fläche wurde für die Errichtung des Pocketparks eingezogen und fällt daher aus der Zuständigkeit der öffentlich-rechtlichen Straßenreinigung heraus. In Zukunft ist dies eine Parkanlage.	Die Gebühren für die RKL IV (aktuell 0,41 € je Monat und Frontmeter) entfallen.
<b>Bisher</b>	Packhofpassage		III Ü		
<b>Neu</b>	Packhofpassage		III	Nach Öffnung des „Welfenhofs“ kann nun eine öffentliche Reinigung der Fläche erfolgen.	Die Gebühren für die RKL III (aktuell 0,83 € je Monat und Frontmeter) sind zu zahlen.



**Stadtbezirksrat 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Caroline-Herschel-Straße		IV Ü	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße mit geringem Verkehrsaufkommen.	Keine
<b>Neu</b>	Eulerstraße	- Roseliesstraße	IV Ü (V)	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße bzw. Weg ohne Kfz-Verkehr.	Keine
<b>Neu</b>	Margarete-Steiff-Straße		IV	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Es ist ein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten.	Die Gebühren für die RKL IV (aktuell 0,41 € je Monat und Frontmeter) sind zu zahlen.
<b>Neu</b>	Möncheweg	- Roseliesstraße	IV Ü (V)	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße bzw. Weg ohne Kfz-Verkehr	Keine
<b>Neu</b>	Roseliesstraße		IV	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Es ist ein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten. (Supermarkt, KITA ...)	Die Gebühren für die RKL IV (aktuell 0,41 € je Monat und Frontmeter) sind zu zahlen.
<b>Bisher</b>	Salzdahlumer Straße	von Fichtengrund bis Schwarzkopffstraße	IV		
<b>Neu</b>	Wird entfernt			Dieser Bereich gehört inzwischen zur Schwarzkopffstraße.	Keine. Die Schwarzkopffstraße ist ebenfalls in die Reinigungsklasse IV eingestuft

**Stadtbezirk 221 Weststadt:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Heinrich-Rodenstein-Weg		IV Ü	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße mit geringem Verkehrsaufkommen.	Keine
<b>Neu</b>	Herbert-Langner-Weg		IV Ü	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße mit geringem Verkehrsaufkommen.	Keine



**Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Ermlandweg	- Neudammstraße	IV Ü	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße bzw. Weg ohne Kfz-Verkehr.	Keine

**Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Luftschifferweg		IV Ü	Die Straße wurde inzwischen gewidmet. Straße mit geringem Verkehrsaufkommen.	Keine



Betreff:

**Abfallentsorgungssatzung, 9. Änderung**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
0660 Referat Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft

Datum:

09.10.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	22.10.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

**Beschluss:**

Die als Anlage 1 beigefügte Neunte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.

**Sachverhalt:**

Die Verwaltung schlägt folgende Änderungen vor:

1. Die Entsorgung der Bioabfallbehälter in der Stadt Braunschweig findet grundsätzlich alle zwei Wochen statt. Zwischen Mitte Mai und Mitte November erfolgt die Leerung aus hygienischen Gründen sowie zur optimalen Erfassung der Bio- und Grünabfallmengen jede Woche. Von Bürgerinnen und Bürgern wurde an die Verwaltung herangetragen, dass eine Verlängerung des Zeitraums von Anfang Mai bis Ende November gewünscht wird. Als Begründung wird vorgebracht, dass so das Laub, welches im Herbst von den Bäumen fällt, leichter durch die Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer über die Bioabfallbehälter entsorgt werden kann. Zudem soll auf Grund des früheren Beginns der Vegetationsperiode und des damit zusammenhängenden Mehrbedarfs die wöchentliche Leerung früher erfolgen.

Um die Entsorgung der Bioabfälle bürgerfreundlicher zu gestalten, soll dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger entsprochen werden. Die vorgeschlagene Satzungsänderung leistet zudem einen Beitrag, eine höhere Erfassung von Bioabfällen zu erreichen.

Die durch die Erweiterung der Leistung entstehenden zusätzlichen Kosten wurden in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2025 bereits berücksichtigt. In der aktuellen Vorlage zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung (DS 24-24346) werden diese Kosten dargestellt.

Daher schlägt die Verwaltung vor, die Regelungen im Anhang 3 b) der Abfallentsorgungssatzung so zu ändern, dass die wöchentliche Leerung der Bioabfallbehälter von Anfang Mai bis Ende November eines jeden Jahres durchgeführt wird.

2. Durch die ALBA Braunschweig GmbH wurde ein Problem bezüglich der Behälterstandorte auf den Grundstücken thematisiert. Dies betrifft die



Abfallgroßbehälter (550 bis 1.100 Liter). Diese Behälter werden teilweise in speziell dafür errichteten Einhausungen oder Boxen zur Nutzung durch die Bewohnerinnen und Bewohner bereitgestellt. Die Maße dieser Einhausungen bzw. Boxen führen zu operativen Herausforderungen, insbesondere zu Verletzungsgefahren für Mitarbeiter oder zu Beschädigungen. Eine Festsetzung der für den gefahrlosen Transport erforderlichen Breite (1,40 Meter) und Höhe (2,00 Meter) schafft insoweit Abhilfe. Die bisherige Regelung wird insoweit dahingehend angepasst, dass dies nicht nur innerhalb von Gebäuden gilt, sondern auch für speziell für Müllbehälter errichtete Einhausungen, Boxen oder ähnliche Umfriedungen.

Darüber hinaus wird die erforderliche Breite von bisher 1,50 Meter auf 1,40 Meter reduziert. Für Wohnungsgesellschaften bringt die Reduzierung Vorteile mit sich, da nach der Einführung von Wertstoffbehältern viele Einhausungen und Boxen entsprechend gebaut wurden. Die Breite von 1,40 Meter ist für den gefahrlosen Transport ausreichend.

Daher wird § 15 Absatz 8 Nr. 8 dahingehend geändert, dass die Regelung für die Transportwege der Abfallgroßbehälter den Erfordernissen den operativen Anforderungen der Abfallentsorgung entsprechen. So wird sichergestellt, dass ohne Verletzungsgefahr für die Mitarbeiter geleert und die Behälter ohne Beschädigungen von den Grundstücken geholt werden können.

Die Änderungen wurden mit der ALBA Braunschweig GmbH abgestimmt.

Leuer

**Anlage/n:**

Änderungssatzung zur Abfallentsorgungssatzung



**Neunte Satzung zur  
Änderung der Satzung  
über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig  
(Abfallentsorgungssatzung)**

vom 5. November 2024

Aufgrund der §§ 10, 13 und 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Februar 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 9), in Ausführung des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 Nr. 56) sowie des Nds. Abfallgesetzes vom 14. Juli 2003 (Nds. GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 206), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 5. November 2024 folgende Satzung beschlossen:

**Artikel I**

Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) vom 17. Dezember 2013 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 19 vom 20. Dezember 2013, S. 69) in der Fassung der Achten Änderungssatzung vom 14. November 2023 (Amtsblatt für Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 15. Dezember 2023 S. 37) wird wie folgt geändert:

1. § 15 Absatz 8 Nummer 8 wird wie folgt gefasst:

„Soweit ein Transport durch oder innerhalb eines Gebäudes erforderlich sein sollte, müssen die Transportwege so beschaffen sein, dass ein gefahrloser Transport der Behälter möglich ist. Bei Großbehältern ab einem Volumen von 550 l müssen die Transportwege mindestens eine lichte Höhe von 2 m haben und mindestens 1,40 m breit sein. Türen auf den Transportwegen – mit Ausnahme von Brand- und Rauchschutztüren – müssen feststellbar sein. Die Regelungen dieser Nummer gelten entsprechend für Behälter-Einhausungen, Behälter-Boxen oder ähnliche Umfriedungen.“

2. In Buchstabe b des Anhanges 3 zur § 15 Abs. 3 der Abfallentsorgungssatzung werden in der dritten Spalte der fünften Zeile die Wörter „von Mitte Mai bis Mitte November“ durch die Wörter „von Anfang Mai bis Ende November“ ersetzt.

**Artikel II**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Braunschweig, den ...

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.



Leuer  
Stadtbourat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den ...

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbourat



*Betreff:*  
**Oberbauform für die Gleissanierung in der Ottenroder Straße**

*Organisationseinheit:*  
Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

*Datum:*  
10.10.2024

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (Anhörung)	21.10.2024	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	22.10.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

### **Beschluss:**

„Für die Sanierung der Gleisanlagen im Zuge der Ottenroder Straße wird die Gleisoberbauform Rasengleis beschlossen, sofern die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) das Rasengleis fördert, ansonsten erfolgt die Ausführung aus finanziellen Gründen als Betoneindeckung (Betonplatte).“

### **Sachverhalt:**

#### Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 3 Satz 1 NKomVG. Der Rat hat in seiner Sitzung am 08.05.2012 folgenden Vorbehaltsbeschluss gefasst:

„Bei Neubauten oder grundlegenden Sanierungen von Stadtbahnstrecken mit eigenem Gleiskörper entscheidet der Rat in jedem Einzelfall darüber, ob die Strecke als Rasengleis, eingepflastert oder als Schottergleis ausgeführt wird. Vor der Entscheidung sind die Kosten und die Zuschussfähigkeit zu ermitteln.“

#### Anlass

Die Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) hat sich an die Stadt gewandt und um die Herbeiführung eines Ratsbeschlusses zur Wahl des Gleisoberbaus für die Sanierung der Gleisanlagen im Zuge der Ottenroder Straße gebeten.

Die BSVG sieht vor, auf den vom MIV befahrenen Flächen (Gleisüberfahrt in die Ravensburger Straße) einen festen Belag - wie im Bestand vorhanden - zu bauen.

Die BSVG hat die Kosten aller grundsätzlich infrage kommenden Oberbauformen ermittelt (Anlage Kostenvergleich). Für die Abschreibungszeit von 25 Jahren führt dieses incl. Folgekosten zu folgenden jährlichen Abschreibungskosten:



Kostenvergleich der verschiedenen Oberbauformen in der Ottenroder Straße in T€

	<b>Beton</b>	<b>Rasen</b>	<b>Schotter</b>
<b>Gesamtkosten</b>	2.861	3.197	2.513
<b>Kosten p. a. bei Abschreibung 25 Jahre</b>	114,4	127,9	100,5
<b>Folgekosten p. a.</b>	-	16,5	27,5
<b>Kosten p. a.</b>	114,4	144,4	128,0

Planung

Die Verwaltung und die BSVG halten gleichermaßen in diesem Bereich aus Gründen des Klimaschutzes und der Klimafolgeanpassung den Bau eines Rasengleises für angezeigt (siehe Anlage Lageplan Rasengleis). Falls die LNVG das Rasengleis nicht fördert, wird aus finanziellen Gründen jedoch eine Betoneindeckung realisiert. Die vollständigen Kosten hierfür trägt die BSVG.

Als Folge der Versiegelung innerstädtischer Bereiche sowie der Häufung extremer Witterung kommt es in Städten verstärkt zum Hitze- und Trockenstress. Oft entstehen Wärmeinseln aufgrund der hohen Wärmeabsorption der Bauwerke am Tag, ihrer langsamen Wärmeabstrahlung in der Nacht sowie durch die zu geringe Verdunstungsrate bzw. -kühlung. Dies gilt auch für den Gleisanierungsbereich im Bereich Ottenroder Straße. Vegetationssysteme können hier entlastend wirken: Pflanzen absorbieren Energie für die Photosynthese. Pflanzen und Boden verdunsten Wasser, wobei Verdunstungskälte frei wird. Pflanzen schirmen den Boden vor direkter Sonneneinstrahlung ab. Aufgrund ihrer geringeren Wärmespeicherkapazität im Vergleich zu Beton und Asphalt heizen sich begrünte Flächen tagsüber nicht so stark auf und kühlen nachts stärker aus.

Da im Sommer der Wärmeinseleffekt besonders belastend ist und Verdunstungsprozesse verstärkt ablaufen, ist hier die Bedeutung der Kühlleistung von Vegetationsflächen auch am größten. Durch die positive Beeinflussung des Kleinklimas in der Umgebung der Grünen Gleise leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Verbesserung der Lebensbedingungen und damit für die Gesundheit der Bevölkerung.

Nach positiven Erfahrungen mit der Aussaat von pflegeleichten bienenfreundlichen Blumenmischungen (Europaplatz), wird ein auf diese Weise begrüntes Gleis als uneingeschränkt positiv betrachtet.

Zuletzt wirkt ein Rasengleis auch positiv für die Schallimmission aus Schienenverkehr.

Tatsächlich sprechen nur die im Vergleich zu anderen Oberbauformen höheren Kosten gegen ein Rasengleis.

Die BSVG hat bei der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) die Förderung der Baumaßnahme mit einem Rasengleis beantragt, über die aber noch nicht entschieden wurde (zur Förderung wurde eine Summe von 3,197 Mio. Euro netto angemeldet).

Bislang hat die LNVG nach Auskunft der BSVG noch kein Rasengleis gefördert, so dass mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden muss, dass die LNVG auch in der Ottenroder Straße keine Fördermittel für ein Rasengleis zur Verfügung stellt.

Realisierung und Finanzierung

Die Sanierung der Gleisanlagen muss im nächsten Jahr erfolgen, da sonst aufgrund verschlissener Schienen eine Streckenstilllegung droht.

Falls die LNVG ein Rasengleis fördert, wird die Komplementärfinanzierung in Höhe von 10 % der Mehrkosten von 336.000 Euro, also 33.600 Euro aus dem Projekt 5S.660017



Stadtbahnbau/ Folgemaßnahmen finanziert.

Leuer

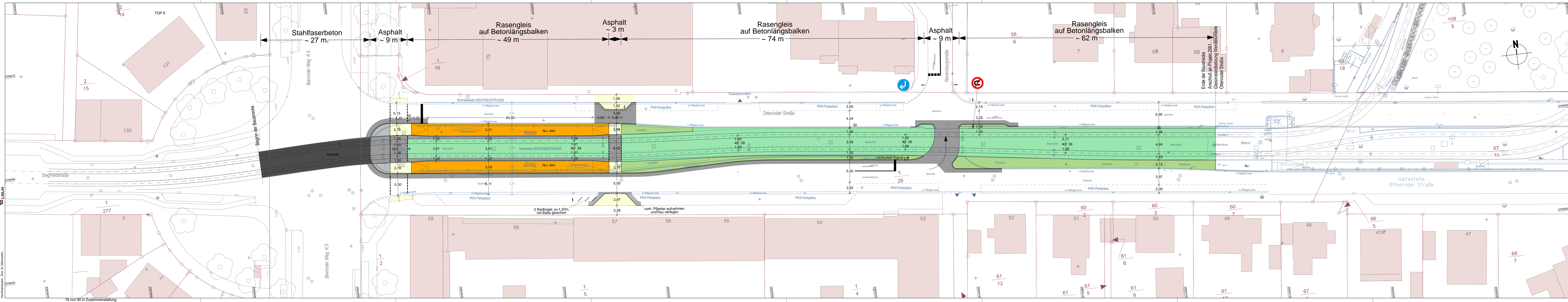
**Anlage/n:**

Anlage 1: Lageplan Rasengleis

Anlage 2: Kostenvergleich

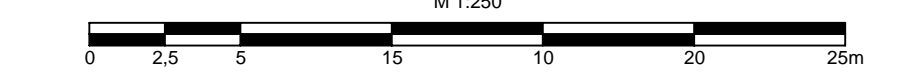


Quelle: Anlage zur Gutachten des Hochschützischen Vermessungs- und Katasteramtes  
© 2015 Landesamt für Geoinformation und Landesmessung Niedersachsen (LGN)  
Vermessung / Fotogrammetrie BPR, 11.2023  
Kartenmaßstab: Zone 32, Hannover-Stamm



**LEGENDE**

Asphalt	Gleiseindeckung mit Pflaster
Gehweg	Gleiseindeckung mit Beton
Haltestelle	Rasengleis
Sicherheitsstreifen	Schottergleis
Grünstreifen	



Nr.	Art der Änderung	Datum	Name

**Braunschweiger Verkehrs-GmbH** **BSVG**

Braunschweiger Verkehrs-GmbH | Am Hauptgüterbahnhof 28 | 38126 Braunschweig | Telefon: 0531/383-0

ausgestellt:	Datum	Name	
<b>BPR</b> Ingenieure GmbH & Co. KG Ein Unternehmen der BPRGruppe Döhbruch 103 · 30559 Hannover · +49 511 880 55 0 · info@bpr-hannover.de	bearbeitet	02.2024	AHE
	gezeichnet	02.2024	MB
	geprüft	12.03.24	
	geprüft		

Maßstab	1:250
Plangröße	173,0 x 29,7 = 0,514m²

**Sanierung Ottenroder Straße**

Lageplan V2 - Rasengleis Ottenroder Straße	Projekt Nr. 2714 Anlage Nr. 5
Entwurfsplanung	Blatt Nr. V2

projekt: 3477 date: S2\_LS\_V2.PLT datum: 12.03.24



Kostenberechnung Sanierung Ottenroder Straße						
Kostenvergleich						
Gleislänge			483,181 m	Stand 01.03.2024		
Gew erk	Titel	Pos.	Bezeichnung	Kosten V1 Beton	Kosten V2 Rasen	Kosten V3 Schotter
1			<b>Gleisanlagen</b>	<b>1.543.914,47 €</b>	<b>1.795.131,87 €</b>	<b>1.280.366,19 €</b>
1	1		Trassen (Freimachen, Abbruch, Erdbau)	147.239,95 €	340.919,65 €	147.239,95 €
1	2		Tragschichten ohne Bindemittel		27.830,00 €	
1	3		Gleisoberbau Asphaltbauweise	21.512,70 €	30.378,54 €	11.082,30 €
1	4		Gleisoberbau Betonbauweise	196.712,00 €	29.580,00 €	29.580,00 €
1	5		Gleisoberbau Rasen		142.867,78 €	
1	6		Gleisoberbau Schotterbauweise			13.360,00 €
1	7		Gleise liefern, montieren und verlegen	289.908,60 €	289.908,60 €	289.908,60 €
1	8		Schienen-Sonderbauteile	44.774,77 €	44.774,77 €	44.774,77 €
1	9		Elastische Gleislagerung	377.525,42 €	272.233,79 €	272.233,79 €
1	10		Schweißarbeiten	19.324,59 €	18.924,59 €	18.924,59 €
1	11		Fugen und Verguss	224.496,44 €	276.258,19 €	276.258,19 €
1	12		Gleisentwässerung	11.040,00 €		
			Zwischensumme Gleisanlagen ohne Verkehrssicherung, Provisorien und BE	1.342.534,47 €	1.560.984,87 €	1.113.362,19 €
			Verkehrssicherung Gleisbau	67.127,00 €	78.049,00 €	55.668,00 €
			Baustelleneinrichtung Gleisbau	134.253,00 €	156.098,00 €	111.336,00 €
2			<b>Fahrleitungen</b>	<b>67.825,05 €</b>	<b>67.825,05 €</b>	<b>67.825,05 €</b>
			Zwischensumme Fahrleitungen ohne BE	61.659,05 €	61.659,05 €	61.659,05 €
			Baustelleneinrichtung Fahrleitungen	6.166,00 €	6.166,00 €	6.166,00 €
3			<b>Lichtsignalanlagen (inkl. Zugsicherungs- / BÜ-Sicherungsanlagen)</b>	<b>110.000,00 €</b>	<b>110.000,00 €</b>	<b>110.000,00 €</b>
			Zwischensumme LSA ohne BE	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €
			Baustelleneinrichtung LSA	10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
4			<b>Haltestellen</b>	<b>256.152,16 €</b>	<b>256.152,16 €</b>	<b>256.152,16 €</b>
4	1		Bahnsteig	54.495,16 €	54.495,16 €	54.495,16 €
4	2		Geländer und FGU	82.360,00 €	82.360,00 €	82.360,00 €
4	3		Maste	13.510,00 €	13.510,00 €	13.510,00 €
4	4		Techn. Ausstattung Haltestellen	67.000,00 €	67.000,00 €	67.000,00 €
4	5		Kabel und Leitungen	15.500,00 €	15.500,00 €	15.500,00 €
			Zwischensumme Haltestellen ohne BE	232.865,16 €	232.865,16 €	232.865,16 €
			Baustelleneinrichtung Haltestellen	23.287,00 €	23.287,00 €	23.287,00 €
5			<b>Straßenbau</b>	<b>153.832,75 €</b>	<b>153.832,75 €</b>	<b>153.832,75 €</b>
5	1		Trassen (Freimachen, Abbruch, Erdbau)	59.153,75 €	59.153,75 €	59.153,75 €
5	2		Asphaltbauweise	13.572,00 €	13.572,00 €	13.572,00 €
5	3		Einfassungen, Pflasterdecken, Plattenbeläge	43.588,00 €	43.588,00 €	43.588,00 €
5	4		Straßenmarkierung	10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
5	5		Beschilderung (Verkehrsregelnd und Wegweisend)	1.880,00 €	1.880,00 €	1.880,00 €
			Zwischensumme Straßenbau ohne Verkehrssicherung, Provisorien und BE	128.193,75 €	128.193,75 €	128.193,75 €
			Verkehrssicherung Straßenbau	6.410,00 €	6.410,00 €	6.410,00 €
			Provisorien Straßenbau	6.410,00 €	6.410,00 €	6.410,00 €
			Baustelleneinrichtung Straßenbau	12.819,00 €	12.819,00 €	12.819,00 €
6			<b>Landschaftsbau</b>	<b>35.719,00 €</b>	<b>39.398,00 €</b>	<b>35.719,00 €</b>
6	1		Rasen- und Saatarbeiten	26.937,00 €	29.711,00 €	26.937,00 €
6	2		Pflegemaßnahmen	5.535,00 €	6.105,00 €	5.535,00 €
			Zwischensumme Landschaftsbau ohne BE	32.472,00 €	35.816,00 €	32.472,00 €
			Baustelleneinrichtung Landschaftsbau	3.247,00 €	3.582,00 €	3.247,00 €
7			<b>Ver- und Entsorgungsleitungen Umliegungen</b>			
7	1	10	Umbau Kanal SW / RW			
7	2	10	Verlegung Fernwärmeleitungen			
7	3	10	Verlegung Gasleitungen			
7	4	10	Verlegung Wasserleitungen			
7	5	10	Verlegung Strom & Betriebstelefon			
7	6	10	Verlegung Telekommunikation			
7	7	10	Leitungssicherung- / Leitungsschutzmaßnahmen			
7	8	10	Leerrohr-/Schutzrohrquerungen			
7	9	10	Suchgrabungen			
			Zwischensumme Baukosten (netto), Gewerke 1 bis 7	2.167.443,43 €	2.422.339,83 €	1.903.895,15 €
			<b>Risiko und Unvorhergesehenes</b>	<b>216.744,34 €</b>	<b>242.233,98 €</b>	<b>190.389,51 €</b>
			<b>Summe Baukosten (netto)</b>	<b>2.384.187,77 €</b>	<b>2.664.573,81 €</b>	<b>2.094.284,66 €</b>
			Planungskosten 20%	476.837,55 €	532.914,76 €	418.856,93 €
			<b>Gesamtkosten netto</b>	<b>2.861.025,33 €</b>	<b>3.197.488,57 €</b>	<b>2.513.141,59 €</b>
			Mehrkosten Betoneindeckung gegenüber Schottereindeckung	347.883,73 €		
			Mehrkosten Rasengleis gegenüber Schottereindeckung		684.346,98 €	



*Betreff:***Planfeststellung für das Vorhaben "Stadtbahnausbau  
Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in  
Gliesmarode"  
Anhörungsverfahren - Stellungnahme Stadt Braunschweig***Organisationseinheit:*Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr*Datum:*

18.09.2024

*Beratungsfolge*

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach

*Sitzungstermin*

01.10.2024

*Status*

Ö

(Anhörung)

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

22.10.2024

Ö

(Entscheidung)

**Beschluss:**

„Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Anlage) wird zugestimmt.“

**Sachverhalt:**Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (AMTA) ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Gemäß Hauptsatzung § 6 Nr. 2 lit. e ist der AMTA für die Zustimmung zu städtischen Stellungnahmen in verkehrlichen Planfeststellungsverfahren beschlusszuständig.

Anlass

Der Rat hat in seiner Sitzung am 21.02.2017 die Planung für das Zielnetz Stadtbahn 2030 einschließlich der dafür notwendigen Zwischenschritte beschlossen (Grundsatzbeschluss, DS 17-039594-01). Die Verwaltung und die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) wurden damit beauftragt, alle notwendigen Schritte zur Vorbereitung der baulichen Umsetzung des Zielnetzes Stadtbahn 2030 durchzuführen.

Am 11.10.2022 hat der AMTA den Umsetzungsbeschluss für den Stadtbahnausbau nach Volkmarode-Nord, bestehend aus der Wendeanlage in Gliesmarode und der Ortsdurchfahrt Volkmarode, beschlossen und die Verwaltung und die BSVG damit beauftragt, die Planfeststellung nach Personenbeförderungsgesetz für dieses Teilprojekt vorzubereiten (DS 22-19610).

Die BSVG hat im Juli 2024 den Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode bei der zuständigen Planfeststellungsbehörde, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, gestellt. Im Zuge des Anhörungsverfahrens erhält die Stadt als betroffene Dritte die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Leuer



**Anlage/n:**

Stellungnahme Stadt Braunschweig





Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 3309, 38023 Braunschweig

Niedersächsische Landesbehörde  
für Straßenbau und Verkehr  
- Planfeststellungsbehörde –  
Göttinger Chaussee 76 A  
30453 Hannover

Fachbereich Tiefbau und Verkehr  
Abt. Straßenplanung und -neubau  
Bohlweg 30

Name: Herr Petzke

Zimmer: N 4.12

Telefon: 470-4268

Bürgertelefon/Vermittlung: 0531 470-1  
oder Behördennummer 115

Fax: (0531 470-4288)

E-Mail: Mirko.Petzke@braunschweig.de

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte bei Antwort angeben)  
Mein Zeichen

Tag

66.23

22. September 2024

## Planfeststellung für das Vorhaben „Stadtbahnausbau Braunschweig - Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode“

### Anhörungsverfahren, hier: Stellungnahme Stadt Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt begrüßt das Vorhaben als Bestandteil des Stadtbahnausbaukonzeptes zur Weiterentwicklung des ÖPNV in der Stadt ausdrücklich. Grundsätzliche Bedenken gegen das Vorhaben bestehen nicht; folgende Hinweise sind aber zu berücksichtigen:

#### Kultur und Denkmalpflege

- Zum Teilaspekt der „Bodendenkmalpflege“ hat das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege mitgeteilt, dass im Geltungsbereich nach jetzigem Kenntnisstand keine archäologischen Belange berührt werden. Auf den § 14 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (Bodenfunde) wird hingewiesen.

#### Straßenplanung

Bei der Ausführungsplanung sind die Anforderungen der Barrierefreiheit zu beachten. Insbesondere die DIN 32984 für die Bodenindikatoren. Ein besonderes Augenmerk auf die Barrierefreiheit ist bei der Errichtung einer Umlaufsperre zu richten. Diese muss mindestens den Hinweisen für barrierefreie Verkehrsanlagen (H BVA) entsprechen, eine Abstimmung mit dem Behindertenbeirat Braunschweig e. V. wird dringend empfohlen.

#### Stadtentwässerung

Im jetzigen zeitlichen Bauablaufkonzept der Stadtbahnwendeanlage Gliesmarode ist ein Zeitfenster von ca. 3 Monaten für die Umsetzung geplanter Kanalbaumaßnahmen erforderlich.

Internet: <http://www.braunschweig.de>



NORD/LB Landessparkasse IBAN DE21 2505 0000 0000 8150 01  
Postbank IBAN DE05 2501 0030 0010 8543 07  
Volksbank eG BS-WOB IBAN DE60 2699 1066 6036 8640 00  
23 von 90 in Zusammenstellung

Gläubiger ID: DE 09BS100000094285  
Umsatzsteuer-ID: DE 11 48 78 770  
Umsatzsteuernummer: 14/201/00553



Neben dem Kanalbauabschnitt der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SEIBS) im Kreuzungsbereich von 45 m Länge sind auch die in der Berliner Straße angrenzenden Schmutz- und Regenwasser-Haltungen auf ca. 80 m zu sanieren.

Bei Baumpflanzungen ist zu berücksichtigen, dass keine öffentlichen Entwässerungsanlagen mit tief wurzelnden Gehölzen etc. gepflanzt werden.

### **Liegenschaften**

Innerhalb des geplanten Neubaus der Stadtbahnwendeanlage sollen Teilflächen der im städtischen Eigentum stehenden Flurstücke 11/5, 11/6, 165/8 und 44/7, alle Flur 4 in der Gemarkung Gliersmarode an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) verkauft werden.

Die Stelle Bevölkerungsschutz des Fachbereichs Feuerwehr weist darauf hin, dass sich mehrere Trinkwassernotbrunnen im Umkreis von 1 km der zu verkaufenden Flurstücke befinden. Bei Eingriffen in den Grundwasserleiter (Grundwasserabsenkungen) ist diese Stelle im Vorfeld zu benachrichtigen bzw. zu beteiligen.

Der Fachbereich Umwelt teilt mit, dass auch innerhalb der zu verkaufenden Flurstücke Kampfmittel im Boden nicht gänzlich auszuschließen sind und bei der Umsetzung von Maßnahmen die Lage der Grundstücke innerhalb der Verordnung über die Festsetzungen eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Bienrode zu beachten ist.

Das Flurstück 100, Flur 3, Gemarkung Dibbesdorf befindet sich im Eigentum der Stadt Braunschweig. Die erforderliche Ausgleichs- und Ersatzfläche im Zusammenhang mit dem Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in einer Größe von insgesamt 255 m<sup>2</sup> kann der BSVG zur Verfügung gestellt werden. Der Wert der Fläche ist entsprechend zu erstatten. Die Fläche verbleibt weiter im Eigentum der Stadt. Derzeit besteht ein unbefristetes landwirtschaftliches Pachtverhältnis, welches mit einer 6-monatigen Frist zum Pachtende (30.09.) gekündigt werden kann.

Auf dem Flurstück 44/7 verlaufen eine Vielzahl von Hauptversorgungstrassen sowie eine Hausanschlussstrasse der BS|ENERGY-eigenen regenerativen Fernwärmeversorgung für das Gebiet Gliersmarode/Querum. Die im o. g. Flurstück vorhandenen Fernwärmetrassen mit einer Gesamtlänge von 351 m sind mit einer Dienstbarkeit, bei einem Schutzstreifen von 5 m Gesamtbreite, zu versehen.

Die derzeitigen Stromversorgungsleitungen, die sich in den Teilflächen der Flurstücke 11/5, 11/6, 44/7 und 165/8 befinden, sollen im Zuge der Herstellung der Wendeanlage stillgelegt werden. Für den Ausbau der Stromversorgung ist die Verlegung eines Niederspannungskabels in dem Flurstück 11/7 als zukünftige Gleisquerung vorgesehen. Für diese Gleisquerung ist eine Dienstbarkeit einzutragen; der Schutzstreifen der Dienstbarkeit beträgt 2 m, 1 m links und 1 m rechts der Kabelachse.

Über die zum Verkauf stehenden Teilflächen der Flurstücke 11/5, 11/6, 44/7 und 165/8, Flur 4, Gemarkung Querum verlaufen Leitungen der Gas- und Wasserversorgung. Diese sollen im Zuge des Ausbaus der Wendeanlage umgelegt bzw. getrennt werden. Eine grundbuchliche Sicherung dieser Leitungen ist daher nicht erforderlich.

In den Teilflächen der Flurstücke 11/6 und 44/7 befinden sich derzeit Glasfaserkabel und Fernmeldekabel der BS|ENERGY. Im Flurstück 11/6 wird die Trasse als neue Gleisquerung erneuert. Die Trasse im Flurstück 44/7 verbleibt in der Lage. Für die Trassen ist eine Dienstbarkeit einzutragen. Der Schutzstreifen der Dienstbarkeit soll 2 m, 1 m links und 1 m rechts der Kabelachse, betragen.

Im geplanten Veräußerungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Der Bestand und Betrieb der Telekommunikationslinien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Dies sollte bei Verkauf durch eine dingliche Sicherung in Form einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten der Telekom veranlasst werden.



## **Umwelt**

### Abfallrecht

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen das geplante Bauvorhaben.

Bodenaushub, der bei Erdbewegungsmaßnahmen anfällt, unterliegt grundsätzlich der abfallrechtlichen Gesetzgebung. Insbesondere hinsichtlich der Anforderungen an die Herstellung mineralischer Ersatzbaustoffe, an die Probennahme und Untersuchung von Bodenmaterial sowie an den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe in technische Bauwerke sind daher die Vorgaben der ErsatzbaustoffV (EBV) zu beachten.

Bodenmaterial, das im Baufeld verwertet werden soll, ist nach dessen Aushub auf Grundlage der EBV zu untersuchen und entsprechend der Anlage 1, Tabelle 3 EBV der zutreffenden Klassen zuzuordnen. Die Verwertung darf ausschließlich unter Berücksichtigung der Anlage 2 EBV und den dort genannten Einbauweisen durchgeführt werden. Nach Anlage 2 EBV ist die Verwertung von Bodenmaterial innerhalb von Wasserschutzbereichen grundsätzlich zulässig.

Die genannten Abfälle sowie alle weiteren Abfälle, die bei Maßnahmen im Planungsbereich anfallen, sind unter Beachtung der abfallrechtlichen Gesetzgebung zu entsorgen.

### Immissionsschutz

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Einwände oder Anmerkungen.

### Naturschutz

Die Vermeidungs-, Gestaltungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind wie im Landschaftspflegerischen Begleitplan dargestellt umzusetzen. Die Anzahl von etwaig notwendigen Nisthilfen/Ersatzquartieren (CEF-Maßnahmen) sowie die Ausgestaltung der externen Kompensationsmaßnahme (A3) sind mit der Unteren Naturschutzbehörde im Vorfeld abzustimmen.

### Gewässerschutz

Die Versickerungsmulden sind mit einem Notüberlauf zu versehen, da die Versickerung bzw. die Ableitung des Grundwassers oberhalb des Stauers u. U. nur eingeschränkt funktioniert.

### Grünplanung

Bedenken gegen das Vorhaben bestehen nicht. Der landschaftspflegerische Begleitplan stellt die grünordnerischen Belange korrekt dar.

### Bodenschutz, Kampfmittel, Stadtklima, Klimaschutz, Umweltverträglichkeitsprüfung

Keine Einwände oder Anmerkungen.

## **Einsatzplanung der Feuerwehr**

Die im Planungsprozess entwickelten Punkte wurden aus Sicht der Feuerwehr beachtet, es bestehen keine Bedenken.

## **Stadtplanung**

Gegen die vorgelegte Planung „Stadtbahnausbau Braunschweig Neubau einer Stadtbahnwendeanlage in Gliesmarode“ bestehen keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

Leuer



Betreff:

**Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße)**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

18.09.2024

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)  
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben  
(Entscheidung)

Sitzungstermin

24.09.2024  
22.10.2024

Status

Ö  
Ö

**Beschluss:**

„Der Planung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße) wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.“

**Sachverhalt:**

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (AMTA) ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 2 lit. h der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Adolfstraße um einen Beschluss über die Planung einer Straßenbaumaßnahme, für die der Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben beschlusszuständig ist. Die Adolfstraße ist Teil des übergeordneten Netzes an Fahrradstraßen und der Braunschweig umschließenden Wallringanlagen, deren Bedeutung wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht.

Anlass

Die Adolfstraße befindet sich in dem o. a. Bereich durchgängig in einem baulich schlechten Zustand. Die Fahrbahn ist abgängig und auch die Gehwege sind sanierungsbedürftig. Zusätzlich entspricht der Aufbau der Straße nicht den technischen Anforderungen, die heute an Anliegerstraßen gestellt werden.

Unter diesen Voraussetzungen hat sich die Verwaltung dazu entschlossen, die Straße mit dem Ziel einer grundhaften Erneuerung zu überplanen.

Planung

Die Adolfstraße soll im Abschnitt zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Campestraße auf gesamter Breite erneuert werden.

Im Einmündungsbereich der Kurt-Schumacher-Straße werden Sinus-Rampensteine eingeplant, um eine ebenerdige Querung der Adolfstraße für Radfahrende und Zu-Fuß-Gehende zu ermöglichen. Alle Querungsstellen im Verlauf des o. g. Bereiches der Adolfstraße werden nach dem mit dem Behindertenbeirat vereinbarten Standard mit differenzierter Bordhöhe und taktilen Elementen ausgestattet.

Die Adolfstraße ist eine Fahrradstraße und wird nach dem vom AMTA beschlossenen „Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und -zonen“ umgebaut. Das bedeutet im konkreten



Fall, dass die Planung eine 4,30 m breite asphaltierte Fahrgasse für den Radverkehr vorsieht. Daran schließt beidseitig ein 0,85 m breiter gepflasterter Sicherheitstrennstreifen an, der im gleichen Material wie die Rinne ausgeführt werden soll. Um einen ausreichenden farblichen Kontrast - wie im Qualitätsstandard gefordert - zwischen der dunklen Fahrbahn und den dunkel gepflasterten 2,0 m breiten Parkstreifen zu gewährleisten, soll der Sicherheitstrennstreifen aus einem hellen Natursteinpflaster hergestellt werden. Der Sicherheitstrennstreifen wird im Begegnungsfall Pkw-Pkw überfahren und ist Teil der insgesamt 6,0 m breiten Fahrbahn. Am jeweiligen Beginn der Adolfstraße soll ein großes Piktogramm „Radverkehr“ auf der Fahrbahn markiert werden.

Die Materialauswahl orientiert sich am bereits sanierten mittleren Abschnitt der Adolfstraße. Die Parkstreifen sollen mit Basaltkleinpflaster hergestellt werden. Es sind Granitborde vorgesehen und die Gehwege werden mit Betonpflaster versehen. Die Gehwegbreiten variieren zwischen 2,50 m und 3,10 m. Im Bereich von Rimpaus Garten soll eine neue barrierefreie Querungsmöglichkeit für Zu-Fuß-Gehende entstehen.

Die Parkstreifen sollen von insgesamt 22 neuen Baumstandorten unterbrochen werden, die jeweils eine Fläche von mindestens 12 m<sup>2</sup> aufweisen. Die neuen Bäume - zur Förderung der Biodiversität handelt es sich um drei verschiedene Klimabaumarten - werden einen Stammumfang von 20 - 25 cm haben. Die Baumscheiben werden als bewässerte Baumscheiben hergestellt, was dem Schwammstadtprinzip entspricht. Vier Baumpaare sollen als sogenannte „Baumtore“ ausgebildet werden. Dies bedeutet, dass die Baumscheiben bis in den Sicherheitstrennstreifen hineinreichen und die Fahrbahn auf 4,30 m einengen. Dies dient vorrangig der Geschwindigkeitsreduzierung des motorisierten Verkehrs, da an diesen Stellen kein Begegnungsverkehr Pkw-Pkw mehr möglich ist. Ein Begegnungsfall Pkw-Fahrrad ist auch innerhalb der Baumtore möglich.

Die Bestandsbäume weisen bereits starke Schädigungen, wie Stammrisse, vermehrte Totholzbildung und Wuchsstagnation, auf. Einige Bäume mussten zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit bereits entnommen werden, zudem sind in der jüngeren Vergangenheit zwei der Bäume unvorhersehbar umgestürzt. Die vorgesehene Straßensanierung bietet die Gelegenheit, den degenerativen und abgängigen Berg- und Spitzahornbestand durch vitale „Klimabäume“ auf modernen und zukunftsfähigen Baumstandorten zu ersetzen.

Im Gehwegbereich am Rand der Baumscheiben, wo sich keine Zufahrten oder Zuwege befinden, sind Fahrradanklehnbügel vorgesehen.

#### Informationsveranstaltung

Am 05.09.2024 hatte die Verwaltung die interessierten Anwohnerinnen und Anwohner zu einer Bürgerinformation eingeladen, um die Planung zu erläutern, Fragen zu beantworten und mit den Anwesenden zu diskutieren. Unter anderem wurden die folgenden Punkte diskutiert:

- *„Gegenüber der geplanten Querung vor Rimpaus Garten befindet sich eine Grundstückszufahrt.“*  
→ Die Querung wurde verschoben und die Grundstückszufahrt berücksichtigt.
- *„Sind E-Ladesäulen bei der Planung vorgesehen?“*  
→ Der Aufbau von E-Ladesäulen wurde durch einen Konzessionsvertrag vergeben und ist hier momentan nicht vorgesehen.
- *„Die Baumtore werden von den Radfahrenden als gefährlich eingeschätzt.“*  
→ Die Einengung der Fahrbahn durch die Baumtore ist ein wesentlicher Bestandteil zur Geschwindigkeitsreduzierung und erhöht somit die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer.
- *„An der Einmündung Kurt-Schumacher-Straße sollten Sinus-Rampensteine anstelle einer Aufpflasterung eingeplant werden.“*  
→ Wurde in die Planung übernommen.
- *„Ist hier versickerungsfähiges Pflaster eingeplant und wird auf eine helle Gestaltung geachtet?“*  
→ Bei der Gestaltung wurde sich am bereits sanierten Abschnitt der Adolfstraße orientiert. Zusätzlich wurden die Vorgaben aus dem Qualitätsstandard beachtet. Der



Einsatz von versickerungsfähigem Pflaster wird bei der Stadt gerade anhand eines Projektes getestet und anschließend bewertet.

- *„Eine Reduktion des MIV soll stärker forciert werden.“*  
→ Durch die Gestaltung der Straße nach dem Qualitätsstandard für Fahrradstraßen wird der Radverkehr in der Adolfstraße eindeutig priorisiert. Eine Reduktion durch z. B. einen Modalfilter ist hier nicht vorgesehen.
- *„Das Pflaster im Kreuzungsbereich Campestraße überfriert stark.“*  
→ Insbesondere bei Temperaturen um den Gefrierpunkt kann es dazu kommen, dass der dunklere Asphalt sich bei Sonneneinstrahlung geringfügig schneller erwärmt und somit früher taut als das hellere Pflaster.
- *„Zwischen den Häusern Nr. 40 und 41 soll eine Zufahrt beantragt werden.“*  
→ Die neue Zufahrt wurde in der Planung berücksichtigt.

Mit etwa 15 der Anwesenden entwickelte sich eine kontroverse Diskussion über die Notwendigkeit der Baumfällungen. Von den rund fünfzig interessierten Teilnehmern waren etwa zehn Anwohner aus der Adolfstraße.

Die von der Verwaltung vorgebrachten Argumente, dass die Bestandsbäume vermehrt Stammrisse, erhebliche Totholzbildung sowie eine Wuchsstagnation aufgrund von Bodenverdichtung und hohem Versiegelungsgrad aufweisen und bereits Anzeichen für degeneratives Wachstum zeigen, wurden von den Anwesenden in Zweifel gezogen. Ebenso wurde die Prognose der weiteren negativen Entwicklung der Bäume und der damit einhergehende Verlust ihrer Fähigkeit, wichtige ökologische Funktionen zu erfüllen, hinterfragt.

Das Argument der Verwaltung, wonach die Lebenserwartung der Bäume durch die geplanten Baumaßnahmen und die damit unvermeidlichen Wurzeldurchtrennungen so stark verkürzt würde, dass eine sofortige Fällung zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit notwendig sein könnte, fand keine Akzeptanz. Auch eine Verbesserung der Standortbedingungen der Bestandsbäume verspricht keinen nachhaltigen Erfolg.

Eine einzelne Anwohnerin berichtete, dass bereits Bäume umgestürzt seien und sprach sich daher für die Fällung der Bestandsbäume und Ersatzpflanzungen aus. Zusätzlich wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die nicht im Planungsbereich lagen und daher im Rahmen dieses Projekts nicht umgesetzt werden können.

Die Verwaltung hatte den Eindruck, dass die Anwohner die Straßenplanung insgesamt positiv begleiteten, während ein Teil der Anwesenden ihren Fokus auf den Erhalt der Bäume legte und die Planung ablehnte.

#### Finanzierung

Die Kostenschätzung beträgt 900.000 €. Die Maßnahme wird aus dem PSP-Element/Maßnahmennummer 5E.660165 finanziert. Die Arbeiten sollen im Jahr 2025 beginnen.

Leuer

**Anlage/n:**  
Lageplan Adolfstraße







Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt**

TOP 8.1

**24-24372-01**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Sanierung der Adolfstraße (zwischen Kurt-Schumacher-Straße und  
Campestraße)  
Änderungsantrag zur Vorlage 24-24372**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.10.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben  
(Entscheidung)

22.10.2024

Status

Ö

### **Beschlussvorschlag:**

Die Adolfstraße ist ein angenehmer Stadtraum, denn die darin befindlichen Bäume tragen wesentlich zur Aufenthaltsqualität bei (Klima und Gestaltung). Grundsätzlich sind die Neupflanzungen von Bäumen dort zu begrüßen, wo dies auf Grund des Gesundheitszustandes und der Verkehrssicherungspflicht notwendig ist. Da nicht alle Bäume abgängig sind, insbesondere 4 sehr junge Exemplare (darunter auch ein Spendenbaum), wird die Beschlussvorlage um folgendes ergänzt:

1. Die Verwaltung wird gebeten, die Bäume, die nicht stark geschädigt sind, in die bestehende Planung zu integrieren, ggf. wenn möglich umzupflanzen und die Standorte hinsichtlich der Baumscheibengröße zu optimieren.

2. Ferner werden die Baumscheiben und Baumtore so ausgebildet, dass die fahrbahnseitigen Ränder in einer Linie mit den Parkplätzen verlaufen und die gepflasterte Dooringzone vor den Baumscheiben durchgehend verläuft. Dies soll dem Wurzelschutz (mehr Abstand Bäume – Fahrbahnaufbau) und der Verkehrssicherheit von Radfahrenden dienen. Bei punktuellen Engstellen in Fahrbahnen besteht die Gefahr, dass Radfahrende mit zu geringem Abstand (< 1,50 m) überholt werden (Drängelverkehr).

### **Sachverhalt:**

Begründung erfolgt mündlich.

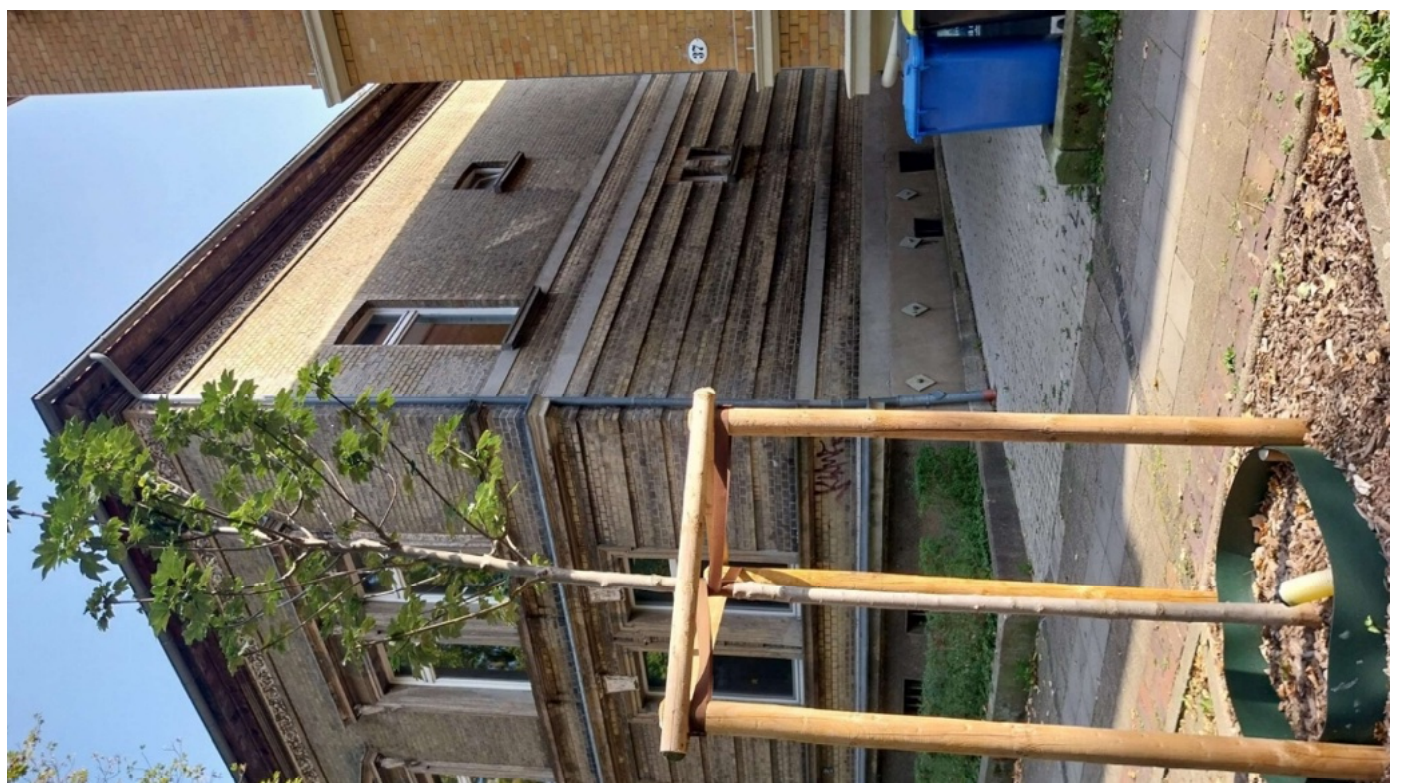
### **Anlagen:**

Bäume Adolfstraße



# Adolfstraße: junge Bäume

TOP 8.1





Betreff:

**Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr und für die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft des Referats 0660**

Organisationseinheit:  
Dezernat III  
0600 Baureferat

Datum:  
17.10.2024

Beratungsfolge

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben  
(Entscheidung)

Sitzungstermin

22.10.2024

Status

Ö

## **Beschluss:**

„1. Der Haushaltsplan 2025/2026 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 2)
- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029 (Anlage 3)
- den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 4)
- den Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024 - 2029 (Anlage 5)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2025/2026 für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

## **Sachverhalt:**

### Fachausschussunterlagen

Die Entwürfe zum Haushaltsplan 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 17.12.2024 erfolgen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Tiefbau, Mobilität und Auftragsvergaben fallenden Anträge und Vorschläge sowie Anfragen zum Haushalt sind in den anliegenden Listen zusammengestellt bzw. als Anlagen beigefügt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.



Produktergebnisse

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat ermittelbar. Die Darstellung der endgültigen Produkt-Planbeträge erfolgt daher mit der Endausfertigung des Doppelhaushaltsplans 2025 / 2026.

Haushaltsreste

Nach aktuellem Stand sind für den Fachbereich 66 Haushaltsreste im Ergebnishaushalt und im Investitionsmanagement in Höhe von 16,2 Mio. Euro von 2023 auf 2024 zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen übertragen worden. Hierbei handelt es sich um die als vorrangig dargestellten Bedarfe. Dies berücksichtigend ist davon auszugehen, dass diese Haushaltsmittel auch bereits in Anspruch genommen worden sind.

Leuer

**Anlage/n:**

Anlage 1: Anfragen und Anregungen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2: Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Anlage 3: Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029

Anlage 4: Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 5: Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024-2029



# Anlage 1

Anfragen / Anregungen



Dez. VII  
FB 20

Datum: 17.09.2024

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der  
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

**Begründung:**

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

**Antwort:**

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt "Transparenz in den Haushaltsberatungen" (DS 24-24333-01).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens wurde an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt und zur Vermeidung von Überplanungen den Anmeldungen der Ist-Aufwand des Jahres 2023 gegenübergestellt und analysiert. Hierdurch kam es bereits zu einer erheblichen Absenkung gegenüber den geltend gemachten Mehrbedarfen.

Als Reaktion auf die stark angespannte Haushaltslage wurde auf Basis dieser reduzierten Mehrbedarfsanmeldungen zusätzlich eine pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Aufwandsbudgets der Teilhaushalte vorgenommen, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden.

Im späteren Vollzug des Haushalts besteht insoweit Flexibilität, dass die Dezernatsleitungen im Rahmen ihrer Fachverantwortung die im Haushaltsentwurf vorläufig bestimmten Ansätze, denen die pauschalen Kürzungen zunächst zugeordnet wurden, unterjährig innerhalb der Budgets eigenverantwortlich anders zuordnen können. Im Ergebnis dieses Planungsverfahrens erhält jede Organisationseinheit jedoch mindestens einen Inflationsausgleich im Vergleich zum Ist-Aufwand 2023.

Es wurde ebenfalls eine Priorisierung der Maßnahmen im Investitionsmanagement vorgenommen (s. u.a. Liste der Zukunftsprojekte (Ziffer 3.2.9.3) im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025/2026).



Rechnerisch konnte in dem verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren dabei eine Ergebnisverbesserung von ca. 45 Mio. € erzielt werden (s. Präsentation zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Im Vergleich der Teilhaushalte im Doppelhaushalt 2023/2024 zu den Teilhaushalten im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind die Ansätze für die Aufwendungen im Ergebnishaushalt insgesamt angestiegen. Die Ausweitung konnte jedoch durch die o. g. verwaltungsinterne Vorgehensweise begrenzt und die Überplanung in den Budgets weiter abgebaut werden.

Ferner hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen um die Ertragskraft für die Jahre 2025 ff. zu erhöhen. Dies erfolgt insbesondere durch die Anhebung der Grundsteuer B.

Gez. Geiger 17.09.2024

---

Unterschrift (Dez./FBL)



**Nachrichtlich**  
**Anfragen / Anregungen im Original**



Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die  
PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Diverse / FB 20

Produkt

Diverse

## ***ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026***

### **Text:**

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

### **Begründung:**

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

gez. Udo Sommerfeld

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



# Anlage 2

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte  
zum Ergebnishaushalt



## Anlage 2 - Haushaltslesung 2025 ff. - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Teilhaushalt				Veränderungen in €											Dauer	Anmerkungen
lfd. Nr.	Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029				
		Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
		Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr			+ 1.318.500	+ 15.000	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0		
1	098	1.54.5460.01 Parkraumbewirtschaftung	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten	Bündnis 90/Die Grünen	<b>Erhöhung der Parkgebühren um 45 %</b> Die Verwaltung hat zuletzt in der Stellungnahme 24-23832-01 die Entwicklung der Parkgebühren seit 2015 dargestellt. Danach hat es zuletzt im Jahr 2016 eine geringfügige Erhöhung der Gebühren in den Parkzonen I und II gegeben. Im Jahr 2018 gab es ebenfalls geringe Veränderungen durch einen geänderten Zuschnitt der Parkzonen. Im selben Zeitraum sind sowohl die Ticketpreise für den ÖPNV als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten inflationsbedingt deutlich stärker gestiegen. Eine Anpassung der Parkgebühren an den Verbraucherpreisindex ist somit überfällig und in der hier vorgeschlagenen Höhe angemessen. Weiter wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Raum die Auslastung der Parkhäuser in der Innenstadt verbessert. Damit werden die Parksuchverkehre in der Innenstadt reduziert. Zusätzlich wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren auch eine Lenkungswirkung angesteht und eine verstärkte Nutzung des klimafreundlicheren Umweltverbundes bei Wegen in die Innenstadt erzeugt. Die hier vorgeschlagene Anhebung der Parkgebühren um 45 % würde dazu führen, dass sich der Ticketpreis von bislang 0,90 € auf 1,30 € für 30 Minuten erhöht. Als Berechnungsgrundlage für diesen Antrag dient die Stellungnahme 24-23832-01. Hier wird bei einer Erhöhung der Parkgebühren um 10 % von Mehreinnahmen in Höhe von 293.000 € ausgegangen. Es wird empfohlen, die Mehreinnahmen zur Förderung des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) zu nutzen. + 1.318.500   0   + 1.318.500   0   + 1.318.500   0   + 1.318.500   0   + 1.318.500   0										Dauerhaft	Ertragservartung der Antragstellerin
				AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:							
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:							
2	171	1.51.5115.01 Verkehrsplanung	427115 Planungskosten	Bündnis 90/Die Grünen	<b>Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln</b> Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll. Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein 0   + 15.000   0   0   0   0   0   0   0   0										Einmalig	
				AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:							
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:							



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt / Kostenart

1.54.5460.01 / 332120

## ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2025/2026

### Überschrift

Erhöhung der Parkgebühren um 45 %

Teilhaushalt: Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr, Seite: 802ff.

☒ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Öffentlich-rechtliche Entgelte, Zeile: 5

Produktnummer: 1.54.5460.01

Produktbezeichnung: Parkraumbewirtschaftung

Der Antrag gilt:

☐ einmalig

☒ dauerhaft

☐ 2025

☒ Ab 2025

☐ für        Jahre

☐ 2026

☐ Ab 2026

☐ für        Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)

für 2025

+ 1.318.500 €

für/ab 2026

€

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: \_\_\_\_\_, Seite: \_\_\_\_\_

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: \_\_\_\_\_, Zeile: \_\_\_\_\_

Produktnummer: \_\_\_\_\_

Produktbezeichnung: \_\_\_\_\_

Deckungsbetrag (+ / -)

für 2025

€

für/ab 2026

€



**Begründung**

Die Verwaltung hat zuletzt in der Stellungnahme 24-23832-01 die Entwicklung der Parkgebühren seit 2015 dargestellt. Danach hat es zuletzt im Jahr 2016 eine geringfügige Erhöhung der Gebühren in den Parkzonen I und II gegeben. Im Jahr 2018 gab es ebenfalls geringe Veränderungen durch einen geänderten Zuschnitt der Parkzonen.

Im selben Zeitraum sind sowohl die Ticketpreise für den ÖPNV als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten inflationsbedingt deutlich stärker gestiegen. Eine Anpassung der Parkgebühren an den Verbraucherpreisindex ist somit überfällig und in der hier vorgeschlagenen Höhe angemessen.

Weiter wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Raum die Auslastung der Parkhäuser in der Innenstadt verbessert. Damit werden die Parksuchverkehre in der Innenstadt reduziert.

Zusätzlich wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren auch eine Lenkungswirkung angestrebt und eine verstärkte Nutzung des klimafreundlicheren Umweltverbundes bei Wegen in die Innenstadt erzeugt.

Die hier vorgeschlagene Anhebung der Parkgebühren um 45 % würde dazu führen, dass sich der Ticketpreis von bislang 0,90 € auf 1,30 € für 30 Minuten erhöht.

Als Berechnungsgrundlage für diesen Antrag dient die Stellungnahme 24-23832-01. Hier wird bei einer Erhöhung der Parkgebühren um 10 % von Mehreinnahmen in Höhe von 293.000 € ausgegangen.

Es wird empfohlen, die Mehreinnahmen zur Förderung des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) zu nutzen.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 08.10.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE\_171 der  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln

**Begründung:**

Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll.

Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

**Stellungnahme:**

Grundsätzlich gibt es in Richtlinien, Regelwerken, etc. festgelegte Standards für Verkehrsanlagen. In den Planungen stellt sich häufig heraus, dass aufgrund der örtlichen Gegebenheiten diese nicht für alle Verkehrsträger eingehalten werden können. Daraus resultiert, dass Kompromisse gefunden werden müssen, die die Nutzbarkeit der Verkehrsanlagen für alle ermöglicht. Über den bestehenden Standard hinausgehende Anforderungen (z.B. für Premium-Wege) würde die Planungsfreiheit weiter einschränken und bei Nichteinhaltung zu weiteren Diskussionen führen.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)



**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



**Nachrichtlich**  
**Anträge im Original**



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in \_\_\_\_\_

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit  
66 / FB 66

Produkt / Kostenart  
1.51.5115.01 / 427115

## ANTRAG ZUM *ERGEBNISHAUSHALT 2025/2026*

### Überschrift

Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln

Teilhaushalt: FB 66 Tiefbau und Verkehr, Seite: 802ff.

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Aufw. für Sach- und Dienstleistungen, Zeile: 15

Produktnummer: 1.51.5115.01

Produktbezeichnung: Verkehrsplanung

Der Antrag gilt:

☒ einmalig

☐ dauerhaft

☐ 2025

☐ Ab 2025

☐ für        Jahre

☐ 2026

☐ Ab 2026

☐ für        Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)

für 2025

+ 15.000 €

für/ab 2026

€

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: \_\_\_\_\_, Seite: \_\_\_\_\_

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: \_\_\_\_\_, Zeile: \_\_\_\_\_

Produktnummer: \_\_\_\_\_

Produktbezeichnung: \_\_\_\_\_

Deckungsbetrag (+ / -)

für 2025

€

für/ab 2026

€



**Begründung**

Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll.

Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

---

Unterschrift



# Anlage 3

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte  
zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2024 - 2029



Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis						
												dafür	dagegen	Enthaltung				
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €							
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr																		
Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von SBR 310																		
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000							
1	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	SBR 310	bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	3.285.000	<p>Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden</p> <p><b>Anmerkung der Verwaltung</b></p> <p>Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN" vor.</p>						
				neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0					0		
				Veränderung	0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0					-3.285.000		
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000							
2	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	SBR 310	bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	6.100.000	<p>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden</p> <p>zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR</p> <p><b>Anmerkung der Verwaltung</b></p> <p>Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN" vor.</p>						
				neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0					0		
				Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0					-6.100.000		
					VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:		450.000							
					VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:		1.000.000							
					VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:		1.200.000							
					VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:		0							



Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte													Abstimmungsergebnis																									
													dafür	dagegen	Enthaltung																							
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €																											
Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI"																																						
20 Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)				0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000																											
120	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI																																			
3			bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	0	3.285.000	<p>Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden</p> <p><b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 310 vor.</p>																										
			neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	0																											
			Veränderung	0		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000																											
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000																											
120	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI																																			
4			bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	0	6.100.000	<p>Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe vno 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden, so dass sich eine Haushaltsentlastung von rund 2,5 Mio. EUR ergibt</p> <p>zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR</p> <p><b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die Sachkosten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.</p> <p>Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 310 vor.</p>																										
			neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	0																											
			Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000																											
				<table><tr><td>VE 2026:</td><td>0</td><td>VE 2026 neu:</td><td>450.000</td><td>VE 2026 Veränderung:</td><td>450.000</td></tr><tr><td>VE 2027:</td><td>0</td><td>VE 2027 neu:</td><td>1.000.000</td><td>VE 2027 Veränderung:</td><td>1.000.000</td></tr><tr><td>VE 2028:</td><td>0</td><td>VE 2028 neu:</td><td>1.200.000</td><td>VE 2028 Veränderung:</td><td>1.200.000</td></tr><tr><td>VE 2029:</td><td>0</td><td>VE 2029 neu:</td><td>0</td><td>VE 2029 Veränderung:</td><td>0</td></tr></table>								VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000	VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000	VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000	VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0			
VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	VE 2026 Veränderung:	450.000																																	
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:	1.000.000																																	
VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	VE 2028 Veränderung:	1.200.000																																	
VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	VE 2029 Veränderung:	0																																	



Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis			
												dafür	dagegen	Enthaltung	
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €				
Maßnahmen Radverkehr															
Einrichtung geschützte Radverkehrstreifen															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				50.000		50.000	0	0	0	0	0				
5	125	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN												
			bisher	2.873.336	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall			
			neu	3.530.365	2.230.365	300.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0				
			Veränderung	657.030	0	50.000	0	0	0	0	0				
			Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr.												
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0				
6	125	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN												
			bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall			
			neu	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0				
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0				
			Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr.												
Neubau Radwege															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				0		0	0	0	0	0	0				
7	121	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI												
			bisher	3.480.365	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2.410.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau von Radwegen, um die vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zum Haushalt 2023 ff. auf diesem Projekt zurückzunehmen			
			neu	3.480.365	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0				
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0				
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				7.230.000		0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000	0				
8	121	4S.660012 FB 66: Programm Radwege/Neubau	Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI												
			bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2.410.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau von Radwegen, um die vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zum Haushalt 2023 ff. auf diesem Projekt zurückzunehmen			
			neu	10.103.336	2.873.336	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000	0				
			Veränderung	7.230.000	0	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000	0				



Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis			
												dafür	dagegen	Enthaltung	
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €				
Planung weiterer Velorouten															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				400.000		200.000	200.000	0	0	0	0				
9	122 3E.66 NEU weitere Velorouten / Vorplanung	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 400.000 EUR (2025 und 2026 je 200.000 EUR) für die Planung von zwei weiteren Velorouten				
		neu	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0					
		Veränderung	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten den Bau der Veloroute Weststadt.				
Bau Veloroute Timmerlah-Broitzem															
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				2.400.000		0	1.200.000	1.200.000	0	0	0				
10	123 5E.66 NEU Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 2.400.000 EUR (2026 und 2027 je 1.200.000 EUR) für den Bau der Veloroute Timmerlah Broitzem; nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah-Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2027 fortgesetzt werden				
		neu	2.400.000	0	0	1.200.000	1.200.000	0	0	0					
		Veränderung	2.400.000	0	0	1.200.000	1.200.000	0	0	0	zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.200.000 EUR  Anmerkung der Verwaltung Der Antrag überschneidet sich mit der Ansatzveränderung Nr. 66 Veloroute Weststadt / Neubau. Um die Finanzraten nicht doppelt aufzunehmen, müsste grundsätzlich ein Antrag abgelehnt werden. Möglich wäre auch den Antrag dahingehend zu ändern, dass dieser sowohl den Beginn in 2026, als auch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Gesamtmittel i. H. v. 4 Mio. € berücksichtigt.				
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.200.000	VE 2027 Veränderung:		1.200.000					
Sanierung Radwege															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				3.400.000		2.350.000	1.050.000	0	0	0	0				
11	4E.66 Neu Thiedestr. / Sanierung Radwege	SBR 222													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege entlang der Thiedestr. In Rünigen (ab der Berkenbuschstr. beidseitig Richtung Norden bis Ortsende)				
		neu	1.100.000	0	50.000	1.050.000	0	0	0	0					
		Veränderung	1.100.000		50.000	1.050.000	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kosten werden auf rd. 1.100.000 EUR geschätzt. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen.				
12	4E.66 Neu Saarstr. / Sanierung Radwege	SBR 321													
		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege Saarstraße - stadtein- und stadtauswärts.				
		neu	2.300.000	0	2.300.000	0	0	0	0	0					
		Veränderung	2.300.000		2.300.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Die Kosten für eine grundsätzliche Sanierung der bestehenden Radwegflächen, beiderseits der Saarstraße im oben genannten Abschnitt, würden etwa 2.300.000 EUR betragen. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen. Es sind keine Kosten für eine Optimierung der Radwegbreiten enthalten, da die zur Verfügung stehenden Flächen dies nicht ermöglichen. Ein solcher Eingriff würde zudem die Baumwurzeln beeinträchtigen und die Bäume schädigen, so dass diese vermutlich nicht erhalten werden können.  Eine reine Deckensanierung würde ca. 800.000 € kosten. Aufgrund der dabei zu überbauenden Wurzeln wäre die Radwegoberfläche danach jedoch wellig und es würde bald erneut zu Aufbrüchen im Asphalt kommen.				



Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis			
												dafür	dagegen	Enthaltung	
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €				
Unterflurverlegung Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				190.000		190.000	0	0	0	0	0				
13	4E.66NEU	Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld / Unterflurverlegung	SBR 120									zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Unterflurverlegung von den Wertstoffcontainern der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth- Str. / Franzsches Feld.  Anmerkung der Verwaltung Die Kostenschätzung beläuft sich auf 190.000 EUR.			
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0				
			neu	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0				
			Veränderung	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0				
sonstige Tiefbaumaßnahmen															
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				656.000		356.000	300.000	0	0	0	0				
14	3E.66 Neu	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelelkamp/Planung Umgestaltung	SBR 111									zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelelkamp / Am Feuerteich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung			
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0				
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0				
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0				
15	4S.66 Neu	Sommerstraßen SBR 120 / Umsetzung	SBR 120									zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung der Eignung verschiedener Optionen zur Einrichtung einer Sommerstraße im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet und für die anschließende Umsetzung.  Anmerkung der Verwaltung Für die erfolgreiche Durchführung von Sommerstraßen sind verschiedene personelle und materielle Ressourcen sowie infrastrukturelle Voraussetzungen erforderlich. Finanziert werden müssen u. a. Kommunikationsmaterial, Bürgerbeteiligung, Ausstattung (wie z. B. Mobiliar mit Sitzmöglichkeiten, mobiles Grün, etc.), Verkehrseinrichtungen sowie ggf. Veranstaltungen, Ausstellungsmaterial etc. Je nachdem in welchem Umfang und mit welcher Ausstattung eine Sommerstraße umgesetzt werden soll, variieren die Kosten für die Maßnahme. Auf Grundlage der benannten Ausgaben von anderen Städten, die bereits eine Sommerstraßen eingerichtet haben, sind für eine erfolgreiche Umsetzung von Sommerstraßen eine Planstelle sowie Mittel pro Sommerstraße in Höhe von ca. 100.000 EUR jährlich erforderlich. Daher wurde der Antrag in einen Antrag zum Investitionsprogramm und einen Stellenplanantrag aufgeteilt. Die Verwaltung sieht eine Vorberatung der Stellenplananträge im FPDA am 28.11.2024 vor (lfd. Nr. SBR13). Aufgrund dieses Zusammenhangs sollte mit dem gleichen Ergebnis über die beiden Antragsteile abgestimmt werden.			
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0				
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0				
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	0				
16	4E.66 Neu	Prinzenweg / barrierefreier Umbau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 300.000 EUR für den barrierefreien Umbau des Prinzenweges  Die Verwaltung wird gebeten, die Finanzraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.  Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Vekoroute in Richtung Timmerlah / Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.  Anmerkung der Verwaltung Die Kosten werden auf rund 400.000 EUR geschätzt. Um die Maßnahme umsetzen zu können, wäre der Antrag dahingehend zu ändern. Die Haushaltsmittel sollten für 2026 eingeplant werden.			
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0				
			neu	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0				
			Veränderung	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0				



Anlage 3 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte												Abstimmungsergebnis				
												dafür	dagegen	Enthaltung		
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten	Plan und Ist Vorjahre	2025	2026	2027	2028	2029	Restbedarf ab 2030					
				in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €					
17	4E.66 Neu	Holbeinstr. / Umgestaltung zu verkehrsberuhigtem Bereich	SBR 120	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 die Umgestaltung des nördlichsten Abschnittes der Holbeinstraße zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße)				
				neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0					
				Veränderung	300.000	300.000	0	0	0	0	0					
				Anmerkung der Verwaltung Zur Umwandlung des nördlichen Abschnitts der Holbeinstraße zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich ist ein niveaugleicher Ausbau der Abschnittes erforderlich. Die Umbaukosten werden auf ca. 300.000 EUR geschätzt. Eine Umsetzung ist frühestens Ende 2026 möglich. Die beantragten Finanzmittel werden dennoch in 2025 dargestellt, da die Verwaltung nicht entscheiden kann, den politischen Antrag entsprechend zu verändern.												
18	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	SBR 120	bisher	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Bordsteinabsenkung an der Einmündung des Gehweges an der Schlegelstr. in die Herzogin-Elisabeth-Str.				
				neu	3.506.000	2.000.000	306.000	300.000	300.000	300.000	300.000					0
				Veränderung	6.000	0	6.000	0	0	0	0					0
				Anmerkung der Verwaltung Die Kostenschätzung beläuft sich auf 6.000 EUR.												
19	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	SBR 321	bisher	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Befestigung der Haltestelle Lammer Heide, stadteinwärts (so wie stadtauswärts).				
				neu	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000					0
				Veränderung	0	0	0	0	0	0	0					0
				Anmerkung der Verwaltung Der Abschluss der Umsetzung ist aus bestehenden Haushaltsmitteln im Oktober 2024 geplant (s. auch DS 24-24192-01). Daher ist keine Aufnahme weiterer Haushaltsmittel notwendig.												
Umrüstung Müllbehälter																
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			30.000	30.000	0	0	0	0	0						
166	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	CDU-Fraktion	bisher	29.098.200	22.598.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 i. H. v. 30.000 EUR zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell "Rostock" auf das Modell "Kendo"				
neu				29.128.200	22.598.200	1.330.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000						
Veränderung				30.000	30.000	0	0	0	0	0						
20																



Dez. III  
FB 66

Datum: 27.09.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_120 der  
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung

**Begründung:**

Nachdem die Stadt Braunschweig mehr als 2 Millionen Euro Eigenanteil für den Austausch des belasteten Bodens der ehemaligen Bezirkssportanlage Kälberwiese investiert hat, verzögerte sich die Entwicklung des Baugebietes Feldstraße aufgrund von Klagen seit Jahren immer weiter. In der Mitteilung 24-22807 vom 09.0.2024 teilte die Verwaltung noch mit, dass eine zeitnahe Aufnahme des Bebauungsplanes in Aussicht steht.

Im Haushaltsplanentwurf sind die für die Entwicklung benötigten Mittel nun auf nach 2030 verschoben worden. Auch die Gelder für den Neubau der Kita Feldstraße/Kälberwiese sind entsprechend verschoben. Als Begründung wird die Prioritätensetzung genannt. Diese Entwicklung können wir von der FRAKTION.BS nicht hinnehmen. Zum einen wird das Baugebiet zur Schaffung von Wohnraum benötigt und zum andern hat sich bereits jetzt ein "Wäldchen" auf dem Baugebiet gebildet. Dass nach 2030 eine Erschließung ohne erneute Umweltprüfung möglich ist, wird stark bezweifelt. Damit wären auch die eingesetzten Mittel verloren.

Wir beantragen die Einsetzung der Planungsdaten aus dem IP 2023. Das führt zu einer Haushaltsentlastung von rund 2.5 Mio. Euro, da die Gesamtkosten sich von 4,4 auf 6,8 Mio. Euro erhöhen, falls es zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebung kommt.



**Stellungnahme:**

Zur Finanzierung der Erschließung wurde zwischenzeitlich die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) gebeten, Mittel in ausreichender Höhe in ihren Wirtschaftsplan einzustellen. Die GGB hat bestätigt, dass die Erschließungskosten im Wirtschaftsplan mit aufgenommen werden. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum Wirtschaftsplan durch den Aufsichtsrat sowie den FPDA und unter Vorbehalt der Beschlussfassung von APH und Aufsichtsrat zum Erschließungsvertrag/Städtebaulichen Vertrag.

Das Räumen der Fläche vom spontanen Bewuchs wird in Kürze erfolgen.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)

**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 27.09.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_121 der  
Gruppe Die Fraktion.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

Programm Radwege/Neubau

**Begründung:**

Die Kürzung der Raten für 2025 und 2026 soll sich laut Verwaltung ergeben, weil die Mittel auf konkrete Einzelprojekte verteilt wurden. Dazu hat unsere Fraktion eine Anfrage eingereicht. Hier wird beantragt, dass die Kürzung für den Radweg Neubau ab 2027 – von 2,7 Mio., auf 250.000 – nicht stattfindet.

**Stellungnahme:**

Es hat keine Kürzung bei den Mitteln für den Radverkehr gegeben, sondern lediglich eine Umverteilung innerhalb des Investitionsprogramms. Zur konkreten Umverteilung siehe Antwort zu Anfrage A\_030.

I. V.

gez. Leuer

---

Unterschrift (Dez./FBL)



**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 27.09.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_122 der  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

FB 66: Planung weiterer Velorouten

**Begründung:**

Für die Planung weiterer Veloroute unter anderem in Richtung Timmerlah/Broitzem finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2025/2026 bislang keine Planungsmittel für das Jahr 2025 und nur geringe Mittel für das Jahr 2026. Um einen schnellen und verlässlichen Planungsprozess sicherzustellen sollen deshalb für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 200.000 € an Planungskosten über die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mittel hinaus zur Verfügung gestellt werden.

**Antwort:**

Die zum Doppelhaushalt 2023/2024 in dem Projekt 3E.660021 "Veloroute Nr.3 /Vorplanung" bereitgestellten Mittel sind noch nicht verausgabt. Die Rate 2024 i. H. v. 100.000 € kann einmalig als Haushaltsrest nach 2025 übertragen und weiter genutzt werden. Weitere Planungsmittel wären erst ab 2026 sinnvoll.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)



**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 27.09.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_123 der  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau

**Begründung:**

Nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah/Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2026 fortgesetzt werden. Da dafür bislang keine Baukosten im Haushalt veranschlagt wurden, sollen insgesamt 2,4 Mio. € über die bestehenden Haushaltsansätze hinaus zur Verfügung gestellt werden.

**Stellungnahme:**

Im Zuge der Ansatzveränderungen wurde das neue Projekt "Veloroute Weststadt" mit 1 Mio. € jährlich ab 2027 angemeldet. Hiermit kann mit der Umsetzung der Veloroute begonnen werden.

Da für die Route noch kein Trassenbeschluss geschweige denn eine Planung vorliegt, können die für die Umsetzung benötigten Haushaltsmittel noch nicht beziffert werden.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)



**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 27.09.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_124 der  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs

Für den barrierefreien Umbau des Prinzenwegs werden im Investitionsprogramm des Teilhaushalts Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr insgesamt 300.000 € über die bereits veranschlagten Haushaltsmittel hinaus zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird gebeten, die Planungsraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.

Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah/Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.

**Begründung:**

Mit dem 1. Kommunalen Aktionsplan Inklusion - kurz: KAP - hat sich die Stadt Braunschweig das Ziel gesetzt, dass öffentliche Straßen und Plätze inklusiv nutzbar sind. Als Pilotprojekt wird das Kopfsteinpflaster des Prinzenwegs so behandelt, dass eine barrierefreie und den Richtlinien entsprechend breite Oberfläche entsteht. Die Planung und Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Verbänden (z.B. Behindertenbeirat, Mobilitätsverbände).

Im Prinzenweg sind nur schmale Fußwege mit einer Breite von ca. 80 cm vorhanden, die mit noch schmaleren glatten Plattenstreifen gepflastert sind. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen sind diese Fußwege nicht komfortabel und gefahrlos befahrbar. Zudem werden die glatten Plattenstreifen von Radfahrenden u.a. mit Kinderanhängern und -sitzen wegen des groben Schüttelpflasters in der Fahrbahnmitte genutzt. Der Weg ist Teil einer wichtigen Fahrradrouten vom Westlichen Ringgebiet in die Innenstadt und wird von vielen Fußgänger\*innen als Verbindungsweg zwischen dem Wilhelmitorwall und der Güldenstraße in Richtung Innenstadt genutzt (durchschnittlich 2.000 Radfahrer\*innen/Tag an der Zählstelle Ferdinandbrücke).



**Stellungnahme:**

Die Kostenschätzung von 300.000 € wird für den Umbau des Prinzenweges fachlich als zu gering erachtet. Die Kosten werden auf rund 400.000 € geschätzt.

Bei Mittel sollten in 2026 eingeplant werden.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)

**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 08.10.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_125 der  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen.

In das Investitionsprogramm des Jahres 2025 werden über die bereits veranschlagten Haushaltsansätze hinaus 50.000 € zur Verfügung gestellt, um entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall einen provisorischen geschützten Radfahrstreifen einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu bis zum zweiten Quartal 2025 einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu entwickeln und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

**Begründung:**

Es ist geplant auf den Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall die Veloroute Wallring umzusetzen (s. Beschluss zur „Veloroute in Braunschweig: Wallring, DS 23-20323“). Für die finale Planung sind noch die Ergebnisse des MEP ausstehend. Eine kurzfristige Umsetzung dieser Veloroute im südlichen Ringabschnitt ist bedauerlicherweise nicht zu erwarten. Der nördliche Radweg der Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall ist in einem baulich sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr sicher befahrbar. Fußgänger\*innen werden in Folge des notwendigen Ausweichens der Radfahrenden auf den Gehweg gefährdet. Der Radweg entspricht technisch nicht den aktuellen Regelwerken z.B. in Bezug auf die Breite.

Diesen Radweg mit einfachen Mitteln zu sanieren, z.B. aus dem Radwegedeckenerneuerungsprogramm würde kaum eine Verbesserung für den Radverkehr bedeuten. Ein jetziger Umbau ist auf Grund des geplanten Umbaus zur Veloroute wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Da ein akuter Handlungsbedarf besteht, schlagen wir vor, hier einen provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr zulasten einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr einzurichten.

Die hier beantragten Finanzmittel werden dadurch überkompensiert, da eine zwingend erforderliche Radwegedeckenerneuerung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei der Umsetzung dieses Antrags entfallen kann.

Die Sperrung derselben Fahrspur während einer längeren Baumaßnahme hat augenscheinlich zu keiner Beeinträchtigung des motorisierten Verkehrs geführt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Umwidmung möglich ist.



**Antwort:**

Die Machbarkeit einer dauerhaften Maßnahmen gegenüber einer temporären Sperung aufgrund einer Baumaßnahme müsste verkehrstechnisch (insbesondere Kreuzungsbereiche/LSA) überprüft werden. Die Untersuchung dürfte die beantragten Mittel benötigen. Mit Baukosten >250.000 € wäre nach erster überschlägiger Betrachtung zu rechnen.

Wie in der Begründung zu dem Antrag bereits ausgeführt, sind für die finale Planung noch die Ergebnisse des MEP ausstehend.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)

**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



Dez. III  
FB 66

Datum: 08.10.2024

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI\_166 der  
CDU-Fraktion zum Haushalt 2025/2026**

**Text:**

Zusätzliche Müllbehälter Innenstadt

**Begründung:**

Es wird die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ beantragt.

Bereits zum Haushalt 2018 hatte die CDU-Fraktion die Installation weiterer Müllbehälter – auch Unterflurbehälter – vorgeschlagen. Vorausgegangen waren entsprechende Anfragen im seinerzeitigen Bauausschuss, um geeignete Standorte zu erfragen.

Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH gab es darüber hinaus nun die Entscheidung, vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ umzustellen und damit schon durch die Behälter (größeres - FWI 166 -

Fassungsvermögen, schräge Oberfläche, besondere Beschichtung zur leichteren Entfernung von Graffiti und Aufklebern) die Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen.

In der Mitteilung 22-17870 hatte die Verwaltung darüber berichtet, dass für die auf Antrag der örtlichen CDU-Fraktion im Bezirksrat Innenstadt eingestellten 10.000 Euro insgesamt zwölf neue Müllbehälter vom Modell „Kendo“ beschafft werden sollten. Bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 lag ein identischer Haushaltsantrag der CDU vor, da eine flächendeckende Umrüstung nicht vorgesehen war und weiterhin nicht ist. Mit den nun beantragten 30.000 Euro kann diese aber forciert werden. Notwendig ist dies auf jeden Fall, da auch in den zurückliegenden zwei Jahren das Problem der Verschmutzung in der Innenstadt weiter zugenommen hat.

Im Übrigen erhebt auch der Arbeitsausschuss Innenstadt regelmäßig in seinem vielbeachteten City-Check die Forderung nach weiteren Müllbehältern und macht dabei stets konkrete Standortvorschläge.



**Stellungnahme:**

Grundsätzlich ist ein Austausch bzw. eine Ergänzung von Abfallbehältern möglich.

Eine Ausschreibung mit der Angabe eines genauen Produktes wie der Modellangabe „Kendo“ ist vergaberechtlich jedoch nicht möglich. Es können in der Ausschreibung lediglich Anforderungen beschrieben werden die dem gewünschten Modell entsprechen und eine Skizze beigelegt werden.

Neue Standorte oder auch Standorte wo diese neuen, größeren Behälter mit 90 Liter Fassungsvermögen, gegen einen kleineren Behälter ausgetauscht werden sollen, müssten verwaltungsintern und mit der ALBA zunächst abgestimmt werden.

I. V.

gez. Leuer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Dez./FBL)

**Ausschussempfehlung:**

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 22.10.2024					
FPDA am 28.11.2024					



**Nachrichtlich**  
**Anträge im Original**



Die FRAKTION.BS - DIE  
LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit  
66 / FB 66

Projekt-Nr.  
5E.660106

## ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660106

Seite des Investitionsprogramms: \_\_\_\_\_

Bezeichnung des Projektes: Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung

☐ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025	mehr/weniger (+/-)	+ 1.020.000 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026	Mehr/weniger (+/-)	+ 440.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von \_\_\_\_\_ €

zu Lasten der Jahre

2026 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

2027 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

2028 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

2029 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

\_\_\_\_\_ €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
-4.465	-717	1.040	- 468	-1.040	-1.200	0	0

### Begründung:

Nachdem die Stadt Braunschweig mehr als 2 Millionen Euro Eigenanteil für den Austausch des belasteten Bodens der ehemaligen Bezirkssportanlage Kälberwiese investiert hat, verzögerte sich die Entwicklung des Baugebietes Feldstraße aufgrund von Klagen seit Jahren immer weiter. In der Mitteilung 24-22807 vom 09.0.2024 teilte die Verwaltung noch mit, dass eine zeitnahe Aufnahme des Bebauungsplanes in Aussicht steht.



Im Haushaltsplanentwurf sind die für die Entwicklung benötigten Mittel nun auf nach 2030 verschoben worden. Auch die Gelder für den Neubau der Kita Feldstraße/Kälberwiese sind entsprechend verschoben. Als Begründung wird die Prioritätensetzung genannt. Diese Entwicklung können wir von der FRAKTION.BS nicht hinnehmen. Zum einen wird das Baugebiet zur Schaffung von Wohnraum benötigt und zum anderen hat sich bereits jetzt ein "Wäldchen" auf dem Baugebiet gebildet. Dass nach 2030 eine Erschließung ohne erneute Umweltprüfung möglich ist, wird stark bezweifelt. Damit wären auch die eingesetzten Mittel verloren. Wir beantragen die Einsetzung der Planungsdaten aus dem IP 2023. Das führt zu einer Haushaltsentlastung von rund 2.5 Mio. Euro, da die Gesamtkosten sich von 4,4 auf 6,8 Mio. Euro erhöhen, falls es zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebung kommt.

gez. Udo Sommerfeld

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Die FRAKTION.BS - DIE  
LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit  
66 / FB 66

Projekt-Nr.  
4S.660012

## ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 4S.660012

Seite des Investitionsprogramms:

1249

Bezeichnung des Projektes: Programm Radwege/Neubau

☐ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025 mehr/weniger (+/-) €  
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026 Mehr/weniger (+/-) €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre 2026 in Höhe von €

2027 in Höhe von €

2028 in Höhe von €

2029 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsdaten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2025	2026	Planungsdaten			Restbedarf ab 2030
14.155	5.413	380	382	2.660	2.660	2.660	

### Begründung:

Die Kürzung der Raten für 2025 und 2026 soll sich laut Verwaltung ergeben, weil die Mittel auf konkrete Einzelprojekte verteilt wurden. Dazu hat unsere Fraktion eine Anfrage eingereicht. Hier wird beantragt, dass die Kürzung für den Radweg Neubau ab 2027 – von 2,7 Mio., auf 250.000 – nicht stattfindet.

Gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an [FBFinanzen@braunschweig.de](mailto:FBFinanzen@braunschweig.de)



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 66 / FB 66
Projekt-Nr. 3.E66.NEU

## ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2025 - 2029

☒ Neues Projekt

☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: \_\_\_\_\_

Seite des Investitionsprogramms:

Bezeichnung des Projektes: FB 66: Planung weiterer Velorouten

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025	mehr/weniger (+/-)	+200.000 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026	Mehr/weniger (+/-)	+200.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

	in Höhe von	€
zu Lasten der Jahre	2026 in Höhe von	€
	2027 in Höhe von	€
	2028 in Höhe von	€
	2029 in Höhe von	€

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsdaten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsdaten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
-400		-200	-200				

### Begründung:

Für die Planung weiterer Veloroute unter anderem in Richtung Timmerlah/Broitzem finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2025/2026 bislang keine Planungsmittel für das Jahr 2025 und nur geringe Mittel für das Jahr 2026. Um einen schnellen und verlässlichen Planungsprozess sicherzustellen sollen deshalb für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 200.000 € an Planungskosten über die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mittel hinaus zur Verfügung gestellt werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an [FBFinanzen@braunschweig.de](mailto:FBFinanzen@braunschweig.de)



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 66 / FB 66
Projekt-Nr. 5E.66.NEU

## ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2025 - 2029

☒ Neues Projekt

☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: \_\_\_\_\_

Seite des Investitionsprogramms:

Bezeichnung des Projektes: FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025      mehr/weniger (+/-) \_\_\_\_\_

Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026      Mehr/weniger (+/-) \_\_\_\_\_

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von \_\_\_\_\_ €

zu Lasten der Jahre      2026 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

2027 in Höhe von 1,2 Mio. €

2028 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

2029 in Höhe von \_\_\_\_\_ €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen \_\_\_\_\_ €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	
-2.400			-1.200	-1.200			

### Begründung:

Nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah / Broitzem soll mit einer abschnittswisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2026 fortgesetzt werden. Da dafür bislang keine Baukosten im Haushalt veranschlagt wurden, sollen insgesamt 2,4 Mio. € über die bestehenden Haushaltsansätze hinaus zur Verfügung gestellt werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

4.E66.NEU

## **FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026**

### **Überschrift**

Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs

### **Beschlussvorschlag**

Für den barrierefreien Umbau des Prinzenwegs werden im Investitionsprogramm des Teilhaushalts Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr insgesamt 300.000 € über die bereits veranschlagten Haushaltsmittel hinaus zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird gebeten, die Planungsdaten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.

Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah/Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.

### **Begründung**

Mit dem 1. Kommunalen Aktionsplan Inklusion - kurz: KAP - hat sich die Stadt Braunschweig das Ziel gesetzt, dass öffentliche Straßen und Plätze inklusiv nutzbar sind. Als Pilotprojekt wird das Kopfsteinpflaster des Prinzenwegs so behandelt, dass eine barrierefreie und den Richtlinien entsprechend breite Oberfläche entsteht. Die Planung und Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Verbänden (z.B. Behindertenbeirat, Mobilitätsverbände). Im Prinzenweg sind nur schmale Fußwege mit einer Breite von ca. 80 cm vorhanden, die mit noch schmalen glatten Plattenstreifen gepflastert sind. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen sind diese Fußwege nicht komfortabel und gefahrlos befahrbar. Zudem werden die glatten Plattenstreifen von Radfahrenden u.a. mit Kinderanhängern und -sitzen wegen des groben Schüttelpflasters in der Fahrbahnmitte genutzt. Der Weg ist Teil einer wichtigen Fahrradroute vom Westlichen Ringgebiet in die Innenstadt und wird von vielen Fußgänger\*innen als Verbindungsweg zwischen dem Wilhelmtorwall und der Güldenstraße in Richtung Innenstadt genutzt (durchschnittlich 2.000 Radfahrer\*innen/Tag an der Zählstelle Ferdinandbrücke).

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an [FBFinanzen@braunschweig.de](mailto:FBFinanzen@braunschweig.de)



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

4S.660012

## **FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026**

### **Überschrift**

**Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen**

### **Beschlussvorschlag**

In das Investitionsprogramm des Jahres 2025 werden über die bereits veranschlagten Haushaltsansätze hinaus 50.000 € zur Verfügung gestellt, um entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall einen provisorischen geschützten Radfahrstreifen einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu bis zum zweiten Quartal 2025 einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu entwickeln und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

### **Begründung**

Es ist geplant auf den Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall die Veloroute Wallring umzusetzen (s. Beschluss zur „Veloroute in Braunschweig: Wallring, DS 23-20323“). Für die finale Planung sind noch die Ergebnisse des MEP ausstehend. Eine kurzfristige Umsetzung dieser Veloroute im südlichen Ringabschnitt ist bedauerlicherweise nicht zu erwarten. Der nördliche Radweg der Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall ist in einem baulich sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr sicher befahrbar. Fußgänger\*innen werden in Folge des notwendigen Ausweichens der Radfahrenden auf den Gehweg gefährdet. Der Radweg entspricht technisch nicht den aktuellen Regelwerken z.B. in Bezug auf die Breite. Diesen Radweg mit einfachen Mitteln zu sanieren, z.B. aus dem Radwegedeckenerneuerungsprogramm würde kaum eine Verbesserung für den Radverkehr bedeuten. Ein jetziger Umbau ist auf Grund des geplanten Umbaus zur Veloroute wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Da ein akuter Handlungsbedarf besteht, schlagen wir vor, hier einen provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr zulasten einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr einzurichten.

Die hier beantragten Finanzmittel werden dadurch überkompensiert, da eine zwingend erforderliche Radwegedeckenerneuerung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei der Umsetzung dieses Antrags entfallen kann.

Die Sperrung derselben Fahrspur während einer längeren Baumaßnahme hat augenscheinlich zu keiner Beeinträchtigung des motorisierten Verkehrs geführt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Umwidmung möglich ist.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an [FBFinanzen@braunschweig.de](mailto:FBFinanzen@braunschweig.de)



CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit  
FB 66 / FB 66

Projekt-Nr.

4S.660006

## ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026 / INVESTITIONSPROGRAMM 2024 - 2029

☐ Neues Projekt

X ☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5S.660039

Seite des Investitionsprogramms:

1223

Bezeichnung des Projektes:

FB 66: Global-Baumaßnahmen

☐ Baukosten

X ☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2025      mehr/weniger (+/-)      +30.000 €  
 Beantragte Veränderung zum Haushalt 2026      Mehr/weniger (+/-)      €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2025/2026** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von      €  
 zu Lasten der Jahre      2026 in Höhe von      €  
    2027 in Höhe von      €  
    2028 in Höhe von      €  
    2029 in Höhe von      €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen      €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsdaten beantragt (in T€):

Gesamtkosten	Vorjahre	Planungsdaten					Restbedarf ab 2030
		2025	2026	2027	2028	2029	

### Begründung:

Es wird die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ beantragt.

Bereits zum Haushalt 2018 hatte die CDU-Fraktion die Installation weiterer Müllbehälter – auch Unterflurbehälter – vorgeschlagen. Vorausgegangen waren entsprechende Anfragen im seinerzeitigen Bauausschuss, um geeignete Standorte zu erfragen.

Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH gab es darüber hinaus nun die Entscheidung, vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ umzustellen und damit schon durch die Behälter (größeres



Fassungsvermögen, schräge Oberfläche, besondere Beschichtung zur leichteren Entfernung von Graffiti und Aufklebern) die Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen.

In der Mitteilung 22-17870 hatte die Verwaltung darüber berichtet, dass für die auf Antrag der örtlichen CDU-Fraktion im Bezirksrat Innenstadt eingestellten 10.000 Euro insgesamt zwölf neue Müllbehälter vom Modell „Kendo“ beschafft werden sollten. Bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 lag ein identischer Haushaltsantrag der CDU vor, da eine flächendeckende Umrüstung nicht vorgesehen war und weiterhin nicht ist. Mit den nun beantragten 30.000 Euro kann diese aber forciert werden. Notwendig ist dies auf jeden Fall, da auch in den zurückliegenden zwei Jahren das Problem der Verschmutzung in der Innenstadt weiter zugenommen hat.

Im Übrigen erhebt auch der Arbeitsausschuss Innenstadt regelmäßig in seinem vielbeachteten City-Check die Forderung nach weiteren Müllbehältern und macht dabei stets konkrete Standortvorschläge.

gez. Thorsten Köster  
Fraktionsvorsitzender

---

Unterschrift



# Anlage 4

Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts



Anlage 4 - Haushaltslesung 2025 ff. - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr.	Teilhaushalt		Veränderungen in €										Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029		
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
	Fachbereich 06 - Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft		0	+ 455.000	0	+ 235.000	0	+ 235.000	0	+ 235.000	0	+ 235.000	
1	1.54.5450.01 Straßenreinigung und Winterdienst	445610 Erstattung an sonstige öffentl. Sonderr.	Winterdienst für Radwege (s. u.a. Ratsentscheidung vom 14.07.2020 (20-13342-02). Maßnahme 11 der Ratsentscheidung lautet: Verbesserung bei Radwegereinigung und Winterdienst.										
			0	+ 220.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
2	1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.-SE BS Nds. WasserG	Einige in der Sonderrechnung Stadtentwässerung ausgewiesene Kanalabschnitte werden in den tatsächlichen Verhältnissen nicht als Kanal, sondern als verrohrtes Gewässer angesehen. Dies hat zur Folge, dass die in der Sonderrechnung anfallenden kalkulatorischen Kosten für die verrohrten Gewässer nicht in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren einbezogen werden können. Der sich daraus ergebene Mehrbedarf i.H.v. rd. 85.000 EUR muss vom städtischen Haushalt getragen werden.										
			0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
3	1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.-SE BS Nds. WasserG	Die Anmeldungen der Mitgliedsbeiträge für den Wasserverband Mittlere Oker (WVMO) wurde auf die neuen Forderungen des WVMO angepasst.										
			0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
	Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr												
4	1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private	Mehrbedarf für die Vertragsentgelte an Bellis und BS Energy, sowie die Niederschlagswassergebühren										
			0	+ 510.000	0	+ 530.000	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						
		FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:						



# Anlage 5

Ansatzveränderungen des  
Finanzhaushalts (inkl. IP) 2024 - 2029



Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Abstimmungsergebnis		
													dafür	dagegen	Enthaltung
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen			
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr															
Mobilitätsentwicklungskonzept															
Umbau Innenstadtumfahrung															
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		500.000	250.000	250.000	0	0	0	0			
61	3E.66 Neu	MEP/Umbau südl. Innenstadtumfahrung/Vorplanung		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau der südlichen Innenstadtumfahrung (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
1				neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0			
				Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0			
Qualitätsstandards Radverkehr															
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		200.000	100.000	100.000	0	0	0	0			
62	4S.66 Neu	MEP / Verbesserung Qualitätsstandards Radverkehr		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung der Qualitätsstandards im Radverkehr (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
2				neu	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0			
				Veränderung	200.000		100.000	100.000	0	0	0	0			
Verbesserungen Radverkehrsführungen															
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		500.000	250.000	250.000	0	0	0	0			
63	4S.66 Neu	MEP / Verbesserungen Radverkehrsführungen		bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung von Radverkehrsführungen in Knotenpunkten (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)			
3				neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0			
				Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0			



Anlage 5 - Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Abstimmungsergebnis			
													dafür	dagegen	Enthaltung	
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen				
Förderung Fußverkehr (Innenstadt)																
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				300.000		150.000	150.000	0	0	0	0					
4	64 4S.66 Neu	MEP / Förderung Fußverkehr	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025-2026 für die Förderung des Fußverkehrs in der Innenstadt und auf Stadtebene (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)				
			neu	300.000	0	150.000	150.000	0	0	0	0					
			Veränderung	300.000		150.000	150.000	0	0	0	0					
Umbau Bohlweg																
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				500.000		250.000	250.000	0	0	0	0					
5	65 3E.66 Neu	MEP / Umbau Bohlweg / Vorplanung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau des Bohlweges (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)				
			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0					
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0					
Radverkehrsmaßnahmen																
Veloroute Weststadt																
26 Baumaßnahmen (Veränderungen)				4.000.000		0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000					
6	66 5E.66 Neu	Veloroute Weststadt / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 4.000.000 EUR für 2027-2030 ff für den Bau einer Veloroute "Weststadt" (Vorplanungskosten bisher: 200.000 EUR unter dem Projekt 3E.660021)				
			neu	4.000.000	0	0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000					
			Veränderung	4.000.000		0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000					
													zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR			
			VE 2027:		0	VE 2027 neu:	1.000.000	VE 2027 Veränderung:		1.000.000						
			VE 2028:		0	VE 2028 neu:	1.000.000	VE 2028 Veränderung:		1.000.000						
			VE 2029:		0	VE 2029 neu:	1.000.000	VE 2029 Veränderung:		1.000.000						



Betreff:

**Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.10.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur  
Beantwortung)

22.10.2024

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Die Ferdinandbrücke ist nach einer Protokollnotiz zum AMTA vom 26.01.2023 sanierungsbedürftig und wird für die Zeit der Baumaßnahme gesperrt. Für ihre Sanierung sind für 2025/2026 Gelder im Haushalt eingeplant. Die Brücke steht unter Denkmalschutz.

Die Ferdinandbrücke bietet mit ihrer Breite von ca. 12,6 m ausreichend Platz für einen Gehweg mit einer Breite von mindestens 2,50 m, einen Radweg nach Veloroutenstandard inklusive einer baulichen Trennung vom Gehweg sowie einer ansprechenden Gestaltung z.B. mit Bänken, Pflanzkübeln, Grünflächen o.ä.. Hierzu hatte es bereits 2017 aus dem Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet eine Initiative gegeben. Die Verwaltung stellte daraufhin eine Prüfung auf Realisierbarkeit im Zusammenhang mit der Brückensanierung in Aussicht (siehe DS 17-05535-01).

Die Ferdinandbrücke ist eine der wichtigsten Verbindungen für den Fuß- und Radverkehr aus dem Westlichen Ringgebiet in die zentrale Innenstadt. Allein die Zählstelle für den Radverkehr registrierte bis zu 2.000 Radfahrenden täglich zu Spitzenzeiten. Für den Fußverkehr liegen nach unseren Informationen keine Frequenz-Daten vor.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Welche Anforderungen seitens der Denkmalschutzbehörde werden an die Gestaltung der Brückenfläche / Flächennutzung gestellt?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, einen gestalterischen Mehrwert für den Brückenabschnitt und die angrenzenden Straßeneinmündungen zu schaffen und dadurch das Quartier insgesamt aufzuwerten (Grünelemente, Bänke, etc.)?
3. Wie wird die Umleitung des Fuß- und Radverkehrs nähräumlich während der Bauphase hergestellt?

**Anlagen:**

keine



Betreff:

**Sanierung und Umgestaltung der Ferdinandbrücke**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

22.10.2024

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Status

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur Kenntnis) 22.10.2024

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN vom 08.10.2024 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1.: Die Brücke Ferdinandstraße, eine zweifeldrige Brücke in Eisen- und Betonkonstruktion, die 1900 erbaut wurde und den westlichen Umflutgraben der Oker überbrückt, ist als Einzeldenkmal gemäß § 3 Abs. 2 Nds. Denkmalschutzgesetz (NDSchG) ausgewiesen. Die Brücke wurde nach einem Entwurf des damaligen Stadtbaurats Ludwig Winter und des Ingenieurs Gustav Menadier baukünstlerisch im eleganten Jugendstil ausgeformt. Die Ferdinandbrücke ist als eines der ersten Bauwerke nach einer damals noch unerprobten Bauweise (Konstruktionssystem Möller) errichtet, das später für mehr als 500 Objekte zum Einsatz kam. Zu den schützenswerten Elementen der Brückenseite gehören unter anderem das gusseiserne ornamentierte Geländer und die Sandsteinpfeiler mit darüber platzierten Laternen.

An der Erhaltung des Brückenbauwerks besteht ein öffentliches Interesse aufgrund ihrer geschichtlichen Bedeutung als Zeugnis- und Schauwert für Bau- und Kunstgeschichte, für Siedlungsgeschichte sowie für Technikgeschichte, außerdem aufgrund ihrer städtebaulichen Bedeutung von prägendem Einfluss auf das Straßen- und Ortsbild.

Bei Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten eines Baudenkmals ist die historische Form und Materialität im Grundsatz zu bewahren. Die genannten Ausstattungsmerkmale prägen das Bauwerk in besonderer Weise und sind daher in der jetzigen Form zu erhalten bzw. in historisierter Form wiederherzustellen. Anlagen in der Umgebung von Baudenkmalen dürfen nach § 8 NDSchG nur errichtet bzw. verändert werden, wenn sie das Erscheinungsbild des Baudenkmals nicht beeinträchtigen.

Zu 2.: Im Rahmen der Planung der Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten für die Ferdinandbrücke werden neben den funktionalen Anforderungen einer Fußgänger- und Radverkehrsbrücke und den o. g. denkmalfachlichen Belangen auch stadtbildpflegerische und umwelttechnische Belange geprüft. Verschiedene Anregungen liegen dazu bereits vor, die geprüft wurden und soweit möglich berücksichtigt werden.

Zu 3.: Die Planung zur Instandsetzung der Ferdinandbrücke wurden vor kurzem begonnen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Umleitungsführung für den Fuß- und Radverkehr noch nicht abschließend festgelegt.



Im nahen Umfeld der instandzusetzenden Brücke sind ausreichend Möglichkeiten für eine Querung der Oker vorhanden. Hier seien die Hohetorbrücke im Norden und die Wilhelmitorbrücke im Südwesten genannt.

Leuer

**Anlage/n:**

keine



Betreff:

**Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.09.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur  
Beantwortung)

22.10.2024

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Im September wurde im AMTA die Bewertung des Basisszenarios 2035 für den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) vorgestellt und besprochen. In der Mitteilung dazu heißt es:

„Das Basisszenario 2035 stellt den aktuellen Entwicklungstrend der Braunschweiger Stadt- und Mobilitätsentwicklung dar. Das Verkehrsmodell enthält alle politisch beschlossenen Wohn- und Gewerbeentwicklungen sowie Infrastrukturmaßnahmen aus den Handlungsfeldern Kfz-Verkehr, Radverkehr und ÖPNV mit Umsetzungsziel 2035 (z. B. Umsetzung des Stadtbahnausbaukonzeptes).

Weiterhin ist die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Regionalverband und in den angrenzenden Kreisen implementiert. Hinsichtlich der überregionalen Verkehrsangebote sind bereits geplante Projekte (z. B. Verlängerung der A39 nach Lüneburg) oder bereits umgesetzte Maßnahmen (Ausbau der Weddeler Schleife) sowie Taktverdichtungen im SPNV im Basisszenario 2035 implementiert.“

Um das Basisszenario 2035 inhaltlich und politisch besser einschätzen zu können, bitten wir um weitere Auskünfte zu den im Szenario angenommenen Entwicklungen und Maßnahmen. Konkret bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche „politisch beschlossenen Wohn- und Gewerbeentwicklungen sowie Infrastrukturmaßnahmen aus den Handlungsfeldern Kfz-Verkehr, Radverkehr und ÖPNV“ sind konkret in das Basisszenario eingearbeitet worden? Wir bitten um eine vollständige Auflistung.
2. Welche Kosten werden für die unter 1. aufgelisteten Beschlüsse/Maßnahmen jeweils geschätzt (sofern Kostenschätzungen vorliegen)?
3. Welche der unter 1. aufgelisteten Beschlüsse/Maßnahmen finden sich bereits im Investitionsprogramm 2024-2029 wieder?

Möglich und wünschenswert wäre eine Übersicht in einer Tabelle.

**Anlage/n:**

keine



Betreff:

**Basisszenario 2035 für den MEP: Maßnahmen und Kosten**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

22.10.2024

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Status

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur Kenntnis) 22.10.2024

Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt vom 20.09.2024 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1)

Das Basisszenario 2035 enthält in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur Maßnahmen mit Satzungs- und Aufstellungsbeschluss. Entsprechend des Ansatzes einer Worst-Case-Betrachtung wurden darüber hinaus Planungen in das Basisszenario aufgenommen, die trotz nicht vorliegender Planungsbeschlüsse denkbar oder perspektivisch möglich sind. Dies war bereits bei den vergangenen Modellaktualisierungen (Analyse 2016, Prognose 2030) geübte Praxis.

Die Modellversion für den Stadtbahnausbau weicht von dieser Praxis ab. Dort dürfen als Vorgabe des Fördermittelgebers nur Projekte, die mindestens einen Aufstellungsbeschluss besitzen, in die Modellierung des NKI einfließen.

Zu 2)

Zu den Entwicklungsvorhaben liegen in der Regel Kostenschätzungen über die jeweiligen Beschlussvorlagen vor, die aber nicht aktualisiert worden sind, so dass eine belastbare Bewertung der Maßnahmen nicht möglich ist.

Zu 3)

Folgende für die Mobilitätsentwicklung bedeutende Maßnahmen sind im Investitionsprogramm 2024 – 2029 des FB Tiefbau und Verkehr abgebildet:

- Stadtbahnausbau
- Radverkehrsmaßnahmen gemäß Ziel- und Maßnahmenkatalog (inkl. Velorouten und Fahrradparken Hauptbahnhof Süd)
- Radschnellweg BS-WF / SZ
- Radschnellweg BS-WOB
- Umfeld Haltepunkt West, Bienrode und Leiferde
- Stadtstraße Nord
- Erschließung B-Plan Umfeld Hauptbahnhof

Leuer

**Anlage/n:**

keine



## Betreff:

**Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße**

## Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

## Datum:

07.10.2024

## Beratungsfolge:

Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur  
Beantwortung)

22.10.2024

## Status

Ö

**Sachverhalt:**

Die Stadt Braunschweig schreibt auf ihrer Webseite zum Bahnübergang Grünewaldstraße: „Unabhängig davon welche Variante als Vorzugsvariante umgesetzt werden soll, wird der aktuelle Bahnübergang Grünewaldstraße allerdings für mehrere Jahre nicht nutzbar sein, da der bestehende Bahnübergang mit Bau des neuen elektronischen Stellwerks Ende 2024 nicht mehr funktionsfähig sein wird.“<sup>1</sup>

Hier besteht allerdings ein Wegerecht, das nicht einseitig durch die Bahn AG ausgesetzt werden kann.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage sperrt die Bahn AG den Bahnübergang Grünewaldstraße?
2. Was hat die Stadt Braunschweig dagegen unternommen?

<sup>1</sup> [https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan\\_verkehr/verkehrsplanung/gruenewaldstrasse/index.php](https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan_verkehr/verkehrsplanung/gruenewaldstrasse/index.php)

**Anlagen:**

keine



<b>Betreff:</b> <b>Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße</b>
--

<b>Organisationseinheit:</b> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<b>Datum:</b> 22.10.2024
--	-----------------------------

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Status</b>
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (zur Kenntnis)	22.10.2024	Ö

**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der BIBS-Fraktion vom 07.10.2024 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

zu. 1. und 2.

Die Rechtsgrundlage für die vorübergehende Sperrung des Bahnübergangs Grünewaldstraße ergibt sich aus dem § 14 Abs.1 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) i. V. m. § 14 Abs. 4 EKrG:

*„(1) Die Anlagen an Kreuzungen, soweit sie Eisenbahnanlagen sind, hat der Eisenbahnunternehmer, soweit sie Straßenanlagen sind, der Träger der Straßenbaulast auf seine Kosten zu erhalten und bei Bahnübergängen auch in Betrieb zu halten. Die Erhaltung umfaßt die laufende Unterhaltung und die Erneuerung. [...]*

*(4) Die Beteiligten haben Maßnahmen nach Absatz 1 zu dulden.“*

Die Umrüstung der beiden mechanischen Stellwerke auf ein elektronisches Stellwerk ist als Erhaltungsmaßnahme erforderlich um den Betrieb und die Zukunftsfähigkeit der DB Strecke zu sichern. Wie bereits seit Anfang 2022 kommuniziert, wird mit Inbetriebnahme des neuen elektronischen Stellwerks am Bahnhof Gliesmarode durch die Deutsche Bahn (DB) der vorhandene Bahnübergang Grünewaldstraße nicht mehr funktionsfähig sein.

Die öffentlich geführten Diskussionen zur Art der Wiederherstellung der Verbindung Grünewaldstraße haben dazu geführt, dass die DB ihre Planungen für einen neuen Bahnübergang eingestellt hat und auf eine Entscheidung der Stadt Braunschweig zur weiteren Ausbildung der Querung wartet. Die vorübergehende Schließung des Bahnübergangs entspricht somit dem in Drucksache 21-17455 kommunizierten Vorgehen.

Nach aktueller Auskunft der DB wird sich die Inbetriebnahme des elektronischen Stellwerks Gliesmarode um ca. ein Jahr verschieben und der Bahnübergang Grünewaldstraße voraussichtlich erst ab Ende 2025 geschlossen werden.

Leuer

**Anlage/n:**  
keine